



Deutsche Umwelthilfe



Jahresbericht 2010

www.duh.de

Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell

E-Mail: info@duh.de, Internet: www.duh.de

■ **Autoren:** Maria Elander, Thomas Fischer, Ulrike Fokken, Michael Hadamczik,
Gerd Rosenkranz, Agnes Sauter, Robert Spreter, Ulrich Stöcker, Nina Wolff, Albert Wotke

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: M. Büdenbender/Pixelio (o), O. Hahn/hahn-film (Wald), J. Meier/
Naturfoto-Online (Schwarzstorch, m), DUH/C. Kisorsy (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (von oben)
A. Hermsdorf/Pixelio, J. Gensheimer, H. Baesemann/Naturfoto-Online (Sterntaucher),
C. Schneider, City of Tata; S. 5: (von oben) Stadt Ludwigsburg (l), Stadt Heidelberg (r),
R. Unkel, DUH-Nord, R. Kirchmann; S. 6: R. Sturm/Pixelio; S. 7: R. Sturm/Pixelio (l),
J. Kuhlemann/Pixelio (r); S. 8: DUH-Archiv; S. 10: C. Stuhlmann/Waldkonzepte (l),
K. Hartz/Pixelio (r); S. 11: R. Eckhoff; S. 12: S. Jehle; S. 13: S. Jehle (l), DUH-Archiv (r);
S. 14: J. Gensheimer (l), BVG Donath (r); S. 15: B. Dietl; S. 16: F. Neuschulz; S. 17:
G. Schulz/Naturfoto-Online (Fischotter, o.l.), M. Bjerg/wikimedia commons (Hochmoor-
gelbling o.r.), I. Wittig (u); S. 18: Grüne Liga (l.o.), Nöhren/Pixelio (r.o.), I. Wittig (u);
S. 19: S. Büchner (Haselmaus o.), B. Ziegler (Alpenbock u.); S. 20: J. Stafford-Deitsch;
S. 21: J. Rotman (l), Koschinski/Fjord&Baelt, www.fjord-baelt.dk (r); S. 22: City of Tata;
S. 23: O. Hahn/hahn-film (l), A. Toth (r); S. 24: P. Madeo/Pixelio; S. 25: © FWTM/Schoenen (l),
Stadt Prenzlau (r); S. 26: DUH-Archiv; S. 27: DUH-Archiv (o), P. Kirchhoff/Pixelio (u);
S. 28: J. Will/Fotolia; S. 29: R. Unkel (l), GDB (r); S. 30: Lightcycle; S. 32: Hand in Hand-
Fonds (Mango-Frauenprojekt Burkina Faso o.), DUH-Nord (u); S. 33: T. Knoll; S. 34:
R. Eckhoff (l), B. Dietl (m), B. Dietl (o.r.), privat (m.r.), B. Dietl (u.r.); S. 35: B. Kleemann (o.l.),
privat (m.l., u.l.), privat (m.o.), B. Kleemann (m, m.u.), privat (o.r.), B. Dietl (m.r., u.r.);
S. 40: R. Dirscherl/Naturfoto-Online (Kabeljau, l.o.), DUH/C. Kisorsy (m.o.), R. Handke/
Pixelio (r.o.), M. Wittstock/Pixelio (u)

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2010

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Wälder und Meere, Seen und Moore, Flüsse und Auen müssen eine Menge aushalten, mit dem der Mensch die Umwelt belastet. Die Ökotope versorgen den Menschen zwar unter anderem mit den existentiellen Grundlagen des Lebens, aber saubere Luft und genießbares Wasser werden fast immer als selbstverständlich angesehen und dementsprechend oft nicht wertgeschätzt. Interessant ist daher die TEEB-Studie, die der frühere Deutsche Bank Manager Pavan Sukhdev 2010 abgeschlossen hat. Für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, mit Unterstützung der EU und des deutschen Umweltministeriums hat Sukhdev die wirtschaftliche Bedeutung der Ökosysteme und damit ihren Wert berechnet. Um die Natur zu schützen, wirbt er dafür, die bislang kostenlosen Dienstleistungen der Natur mit einer Art Preisschild zu versehen und den Menschen damit deutlich zu machen, welchen natürlichen Schatz sie täglich verbrauchen. Oder auch vernichten, wie Sukhdev am Beispiel der Korallenriffe ausgerechnet hat. Die Ökosystemdienstleistungen der Korallenriffe vom Küstenschutz bis zur Fischzucht haben einen Wert von 170 Milliarden Dollar. Dabei ist der Wert für die Natur noch wesentlich höher und lässt sich gar nicht in Zahlen ausdrücken. Allein 25 Prozent aller Fischarten sind im Laufe ihres Lebens auf Korallenriffe angewiesen. Wenn die Korallenriffe aufgrund der Meeresverschmutzung und des Klimawandels sterben, sterben auch die Fische – und eine halbe Milliarde Menschen verliert ihre Lebensgrundlage. Der wahre Wert der Korallenriffe ist also unermesslich.

Auch Wälder, Flüsse, Seen und all die anderen Biotope sind von unschätzbarem Wert für das Leben der Menschheit. Die Natur zu schützen liegt daher in unserem ureigensten Interesse. Wir sind von der Natur abhängig, unsere gesamte Wirtschaft und unsere Zivilisation hängen von den Leistungen der Natur ab. Deswegen braucht ein Land wie Deutschland eine starke Umwelt- und Naturschutzpolitik mit nachhaltigen Vorgaben für den Schutz von Klima, Umwelt und biologischer Vielfalt. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. hat daher 2010 weiterhin beständig für schadstoffarme Autos und eine klimafreundliche Mobilität gestritten, hat die Bundesregierung auf den unvereinbaren Widerspruch der AKW-Laufzeitverlängerung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie hingewiesen, hat für eine umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft geworben und für strikte Quoten beim Fischfang gekämpft.

Über unsere Erfolge und Rückschläge, unsere Ideen und Ziele berichten wir auf den folgenden Seiten. Ich lade Sie sehr herzlich ein, sich einen Überblick über die vielfältigen Leistungen und das ausgewählte Themenspektrum der Deutschen Umwelthilfe e.V. zu verschaffen.

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele,
Vorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.



6



14



16



22

2 Impressum

3 Vorwort

4 Inhalt

Energie und Klimaschutz



6 Fortschritt sichern, Energiewende beschleunigen

Die DUH entwickelt Konzepte zur Energieversorgung, klärt über die Folgen von neuen Kohlekraftwerken auf und engagiert sich für die Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz

10 Neuer Wind im Netz: Das Forum Netzintegration Erneuerbare Energien

11 „Nichts ist endgültig entschieden!“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, die Kosten der Energiewende und eine Generationenfrage

Verkehr und Luftreinhaltung

12 Klimafreundlich mobil

Die DUH setzt sich für das EU-Urteil zum Recht auf saubere Luft ein und fordert konsequent

eine effiziente und schadstoffarme Technik für Verkehrsmittel aller Art

14 Die EU fördert den DUH-Einsatz für natürliche Kältemittel in Autoklimaanlagen

15 „Wir brauchen eine neue Ehrlichkeit bei den Autoherstellern“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über die Tricks der Autokonzerne, falsche Verbrauchsangaben und getäuschte Verbraucher

Naturschutz



16 Die biologische Vielfalt bewahren

Die DUH-Naturschützer streiten für den Schutz der Wälder, Flüsse und Meere

19 Der Naturschutzbund Lebendige Wälder

20 Engagiert für das Leben im Meer

Die DUH-Meeresschutzkampagne für gesunde Fischbestände und Artenreichtum im Meer

Kommunaler Umweltschutz



22 Der Mensch braucht Natur in Stadt und Land

Die DUH unterstützt Städte und Gemeinden beim Schutz der biologischen Vielfalt

24 Gutes Klima in der Stadt

Kommunen engagieren sich für den Klimaschutz und messen ihre Erfolge im DUH-Wettbewerb zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“

Ökologischer Verbraucherschutz

26 Die DUH ist Anwalt der Verbraucher

Die DUH-Verbraucherschützer klagen die Rechte der Verbraucher auf umweltrelevante Informationen von Autos und Hausgeräten ein

Kreislaufwirtschaft

28 Mehrweg schont Umwelt und Klima

Die Recyclingexperten der DUH decken die Verschleierungen der Dosen- und Plastikflaschenlobby auf, finden Pfandbetrüger und Greenwashing in der Getränkeindustrie

30 Im Graubereich der Umweltgesetze

Molkegetränke ohne Molke, Druckchemikalien in der Safttüte und zu viel Quecksilber in Energiesparlampen: Die DUH wundert sich über die Tricks mancher Industrie- und Handelsunternehmen

Umwelt und Entwicklung

32 Hand in Hand für besseres Essen

Der Hand in Hand-Fonds für ökologisch-soziale Projekte und das Ernährungsprogramm beim Regionalverband Nord

Preise

33 Der UmweltMedienpreis 2010

DUH intern

34 Das Leitungsteam

Bilanz

36 Solide Finanzen für engagierte Umweltarbeit

Eine breite Basis von privaten Spendern und öffentlichen Geldgebern trägt zur Umwelt- und Naturschutzarbeit der DUH bei

39 Adressen



24



28



32



33

Fortschritt sichern, Energiewende beschleunigen

Die DUH setzt weiter konsequent auf die Energiewende:

Mit eigenen Zukunftskonzepten zur Energieversorgung, mit Aufklärung über die Gefahren einer Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und der Verhinderung neuer Kohlekraftwerke



■ Auf eine Geisterfahrt in die energie- und klimapolitische Vergangenheit hat sich die schwarz-gelbe Koalition mit ihrer Atompolitik und der Förderung neuer Kohlekraftwerke begeben. Die Voraussetzungen für Fortschritte auf dem Weg zu einem klimaschonenden und risikoarmen Energiesystem haben sich 2010 erschwert. Die DUH findet sich damit selbstverständlich nicht ab. Wir haben deshalb unser Engagement für die Fortsetzung und Beschleunigung der Energiewende verstärkt. Ziel bleibt eine Klima, Umwelt und Gesundheit schonende Energieversorgung, in der Strom zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt wird.

Um den dafür notwendigen Strukturwandel innerhalb einer Generation vollziehen zu können, müssen die Weichen heute richtig gestellt werden. Konkret kann der Auf- und Ausbau der erneuerbaren Energien mit der bisherigen Dynamik nicht weitergehen, wenn gleichzeitig neue Kohlekraftwerke errichtet werden, die die Atmosphäre für ein weiteres halbes Jahrhundert mit Millionen Tonnen Treibhausgasen belasten. Genauso wenig können die erneuerbaren Energien, wie von der Bundesregierung angekündigt, „den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen“, wenn Atomkraftwerke noch bis zu 30 Jahre weiterlaufen sollen.

Die DUH hat jenseits der Debatte über Sicherheitsrisiken und die ungeklärte Endlagerfrage den „Systemkonflikt“ thematisiert, der sich aus dem verbissenen Festhalten an alten AKW und neuen Kohlekraftwerken ergibt. Zur Ergänzung der naturbedingt un stetig anfallenden Strommenge aus Wind- und



Sonnenenergie werden Kraftwerke benötigt, die den Schwankungen flexibel folgen können. AKW und große Kohlekraftwerke sind dazu technisch nur eingeschränkt in der Lage. Deshalb benötigen wir weniger Kraftwerke, die 24 Stunden am Tag und während des ganzen Jahres Strom produzieren. Kraftwerke müssen heutzutage vor allem schnell auf Stromschwankungen im Netz reagieren, also innerhalb von Minuten herunter- und heraufgefahren werden können. Typischerweise sind das hocheffiziente Gaskraftwerke, deren Abwärme in so genannter Kraft-Wärme-Kopplung effizient genutzt wird. Im Laufe des Jahres hat die Frage des Systemkonflikts nicht zuletzt aufgrund der DUH-Aktivitäten in der öffentlichen Debatte mehr und mehr an Gewicht gewonnen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung und auch das Umweltbundesamt (UBA) vertreten in diesem Zusammenhang sehr ähnliche Positionen wie die DUH.

Neue Kohlekraftwerke verhindern

Im Rahmen der DUH-Klimaschutzkampagne haben wir Bürgerinitiativen und Umweltgruppen gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke unterstützt und beraten. Neben der politischen Unterstützung hilft die DUH lokalen Bürgerinitiativen gegen „Klimakiller-Kraftwerke“ bei rechtlichen Fragen während der Genehmigungsverfahren. Die

DUH lässt eigene Rechtsgutachten erstellen und hilft im Einzelfall bei der Auswahl geeigneter Anwälte und Sachverständiger. Häufig mit messbarem Erfolg: Innerhalb von zwölf Monaten wurden neun große Kraftwerksprojekte verschoben oder aufgegeben.

Hervorzuheben ist insbesondere die Ende 2010 noch andauernde Auseinandersetzung um das im Bau befindliche E.ON-Kohlekraftwerk im westfälischen Datteln. Der mit mehr als 1.000 Megawatt leistungsstärkste Einzelblock eines Kohlekraftwerks in Europa würde über seine Lebenszeit gerechnet mehr als 200 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen. Der Bebauungsplan war im September 2009 vom Oberverwaltungsgericht Münster wegen Verstößen gegen zentrale Klimaschutzziele des Landes Nordrhein-Westfalen und gegen das Umweltrecht aufgehoben worden. Wesentliche Teile der Baumaßnahmen sind seither gestoppt.

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte das Urteil im März 2010. Versuche der schwarz-gelben Landesregierung in Düsseldorf, den höchststrichterlich festgestellten Rechtsbruch durch grundlegende Änderungen der Ziele der Landesplanung („Lex E.ON“) nachträglich zu heilen, scheiterten an deren Abwahl im Mai 2010. Im Bündnis mit anderen Umwelt- und Klimaschutzorganisationen forderte die DUH die Parteien in NRW daraufhin vor der Landtagswahl auf, ein Landesklimaschutz-

gesetz mit verbindlichen Zielen für den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu schaffen. Die Forderung wurde im Sommer 2010 fast eins zu eins in die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Minderheitsregierung in Düsseldorf aufgenommen.

Angriffe auf die Energiewende abwehren

Die Bundesregierung setzt sich in ihrem Energiekonzept zum Teil ehrgeizige langfristige Ziele für den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Umgesetzt und verabschiedet hat die schwarz-gelbe Koalition aber nur vier Gesetze, die allesamt die Atomenergie und die Verlängerung der Reaktorlaufzeiten betreffen. Der Vorrang der erneuerbaren Energien wird im Energiekonzept einerseits beschworen und andererseits „im Kleingedruckten“ mit Begriffen wie „Mengensteuerung“ in Zweifel gezogen. Vor diesem Hintergrund – und dem sich zuspitzenden „Systemkonflikt“ – häuften sich 2010 Stimmen aus dem Regierungslager, die die Bedingungen zum Umbau der Energiewirtschaft und zum Ausbau der erneuerbaren Energien erschweren wollen.

Die DUH hat diese Entwicklung kontinuierlich beobachtet, öffentlich kritisch kommentiert und regelmäßig im DUH-Netzwerk Energiewende thematisiert. In dem Netzwerk tauschen sich seit 2008 führende Vertreter der Erneuer-



bare-Energien-Branche, der Umweltverbände und der Wissenschaft aus. Zu den Treffen werden regelmäßig und anlassbezogen auch außenstehende Experten und Entscheider eingeladen. Im Jahr 2010 stellten sich die im Bundesumwelt-, Bundeswirtschafts- sowie dem Bundesbau- und -verkehrsministerium für die Energiepolitik zuständigen Staatssekretäre mehrfach den Fragen der Netzwerkteilnehmerinnen und -teilnehmer. Teilnehmer des Netzwerks Energiewende waren auch dabei als die DUH Ende Mai 2010 vor dem Brandenburger Tor in Berlin eine „öffentliche Pressekonferenz“ mit Spitzen-

vertretern aus 18 Verbänden, Parteien und Unternehmen initiierte. Motto der Protestaktion: „Erneuerbare statt Atom – die Energiewende sichern“.

Renaissance der Anti-Atom-Bewegung

Statt mit aller Kraft die großen Herausforderungen anzugehen, die die Umstellung des Energiesystems mit sich bringt, hat die Bundesregierung beschlossen, die Schlachten von vorgestern noch einmal auszufechten und so ungewollt für eine kraftvolle Renaissance der Anti-AKW-Bewegung in

Deutschland gesorgt. Die DUH gehörte zu den Organisatoren der Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel im April 2010 und beteiligte sich auch an den Demonstrationen im September und November 2010 in Berlin und im Wendland. Die erfolgreiche Internetplattform www.wir-sind-aussteiger.de, auf der Prominente und Nicht-Prominente gegen die Atompolitik der Regierung protestieren, wurde von der DUH ins Leben gerufen.

Einen „Generalangriff auf die energiepolitischen Fortschritte des vergange-

nen Jahrzehnts“ nannte die DUH im September 2010 die Entscheidung der Bundesregierung, die Atomkraftwerke im Durchschnitt zwölf Jahre länger in Betrieb zu halten als geplant. Wenn die Pläne der Regierung aufgehen, werden Millionen Menschen noch bis mindestens 2040 den Katastrophenrisiken alter Reaktoren ausgesetzt, die zusätzlichen Atommüll produzieren, von dem niemand weiß, wo er über hunderttausende Jahre sicher gelagert werden kann. Darüber hinaus erschwert die Bundesregierung den versprochenen „Eintritt in das regenerative Zeitalter“ oder macht ihn sogar unmöglich. Die von allen Parteien beklagte Marktdominanz der Atomkonzerne E.on, RWE, Vattenfall Europe und EnBW wird für weitere Jahrzehnte zementiert und der heute so erfolgreiche Export von Windrädern und anderer Technologien in diesem Bereich gerät in Gefahr.

Die DUH hat die energiepolitische Debatte im Jahr 2010 mit dem Ziel geführt, für die Koalition und die sie tragenden Parteien den politischen und

für die profitierenden Konzerne den ökonomischen Preis in die Höhe zu treiben. Nicht als Selbstzweck, sondern in der Hoffnung auf eine veränderte Kosten-Nutzen-Abwägung bei Regierung und Konzernen. Das ist bisher nicht gelungen. Allerdings bleibt Ende 2010 die Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht – und auf die Wählerinnen und Wähler.

Die DUH weist unermüdlich darauf hin, dass Atomkraftwerke das Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energien in Frage stellen, dass Atomkraftwerke mit zunehmendem Alter störanfälliger und somit gefährlicher werden. Gemeinsam mit Wissenschaftlern haben wir nachgewiesen, dass es wegen des dynamischen Zubaus Erneuerbarer Energien eine von der Stromwirtschaft behauptete „Stromlücke“ nicht geben wird. Die DUH hat detailliert erläutert, warum sie die beschlossene Laufzeitverlängerung nicht nur wegen der Umgehung des Bundesrats für verfassungswidrig hält, sondern auch wegen der ungeklärten Entsorgung von Atommüll.

Außerdem verwässert nach unserer Überzeugung ein im Rahmen der Novellierung des Atomgesetzes geschaffener neuer Paragraf die Sicherheitsanforderungen von Atomkraftwerken und schränkt die Klagemöglichkeiten von Betroffenen ein. Schließlich hat die DUH darauf hingewiesen, dass der Verlängerungsbeschluss auch deshalb rechtswidrig zustande gekommen ist, weil Bundesumweltminister Norbert Röttgen einen früheren E.on-Manager zum Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im Ministerium machte – und der fortan in zentraler Rolle an den Vorbereitungen der Atombeschlüsse der Regierung beteiligt war. „Eine Novelle von der Atomlobby für die Atomlobby“, nannte die DUH deshalb die Gesetzesänderungen zur Laufzeitverlängerung.

Die Debatte über Atomkraft in Deutschland wird weitergehen. Die DUH wird gemeinsam mit anderen weiter alle Möglichkeiten nutzen, um den kommerziellen Einsatz der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden.

■ Zahlreiche Schriftsteller/-innen und Politiker/-innen, Schauspieler/-innen und Regisseure unterstützen die Kampagne „Wir sind Aussteiger“ für eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Auf der Internetplattform www.wir-sind-aussteiger.de protestieren prominente und nichtprominente Bürger gegen die Atompolitik der Bundesregierung.

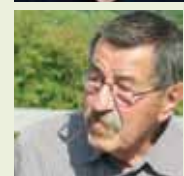
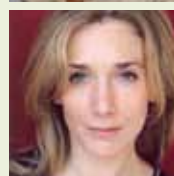
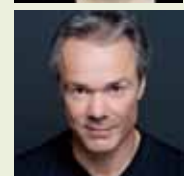
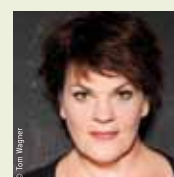


Dafür halten wir den Kopf hin:
wir-sind-aussteiger.de



Sönke Wortmann
Regisseur und Produzent:

„Ich bin Aussteiger... weil die Zukunft unserer Energie erneuerbar ist.“





Neuer Wind im Netz: Das Forum Netzintegration Erneuerbare Energien

Eines der aufwändigsten und anspruchsvollsten Projekte der DUH trägt den Namen „Forum Netzintegration Erneuerbare Energien“. Dort haben wir Menschen an einen Tisch gebracht, die gemeinsam tragfähige Lösungen zur Integration der erneuerbaren Energien ins Stromnetz finden müssen: Stromnetzbetreiber, Verbandsvertreter, Energieexperten, Naturschützer, Wissenschaftler und Vertreter regionaler Bürgerinitiativen. Denn nicht der Aufbau von Stromkapazitäten auf Basis von Wind und Sonne bildet den Engpass beim Umbau des Energiesystems. Probleme bereiten der Um- und Ausbau der Stromnetze, der derzeit mit dem Zubau von Windrädern und Solarmodulen nicht Schritt hält.

Unter der Moderation des Leiters Erneuerbare Energien der DUH, Peter Ahmels, und finanziell unterstützt vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat das Forum Netzintegration Erneuerbare Energien Möglichkeiten diskutiert, den Umbau zu beschleunigen und gleichzeitig die Akzeptanz der neuen Strominfrastruktur entlang der Stromtrassen zu erhöhen. Ende November 2010 haben Vertreter des Forums das Ergebnis der zweijährigen Arbeit unter dem Titel „Plan N – Hand-

lungsempfehlungen an die Politik zur künftigen Integration Erneuerbarer Energien in die Stromnetze“ dem BMU übergeben. Mit dem Plan N gelang es erstmals, die widerstreitenden Interessen in der Auseinandersetzung über den notwendigen Umbau der Stromnetze in gemeinsamen Vorschlägen aufgehen zu lassen. Zwar konnten sich die Teilnehmer am Forum nicht in jedem Detail einigen, doch enthält der Plan N zahlreiche Vorschläge, die die Politik mit Aussicht auf mehr Akzeptanz in der Bevölkerung umsetzen kann.

Durchgängiges Prinzip von Plan N ist, neue Stromtrassen nur dort zu planen, wo keine Alternativen zur Verfügung stehen. An allen anderen Stellen sollen technische Verbesserungen und intelligente Netze dazu beitragen, die Anwohner zu schonen und intakte Naturräume zu schützen. Bei den Neubautrassen soll nach konfliktarmen Lösungen gesucht werden. Die Erdverkabellung von Höchstspannungstrassen (380 kV) soll weiter getestet werden, neue Trassen der Hochspannungsebene (110 kV) sollen unter Wahrung der Wirtschaftlichkeitsinteressen der Netzbetreiber unter der Erde verlegt werden. Vor allem sollen Betroffene früher als bisher in den Genehmi-

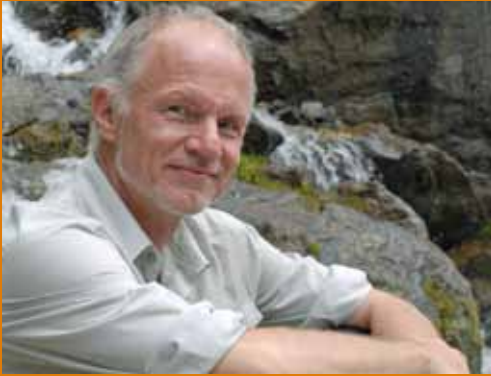
gungsprozess eingebunden und die Transparenz aller Planungen verbessert werden.

Bis Anfang Dezember 2010 haben rund 70 Verbände, Unternehmen, Bürgerinitiativen, Wissenschaftsorganisationen und Einzelpersonen den Plan N unterzeichnet. Das Forum Netzintegration wird seine Arbeit im Jahr 2011 und darüber hinaus fortsetzen.

Weitere Informationen unter:
www.forum-netzintegration.de



„Nichts ist endgültig entschieden!“



DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, die Kosten der Energiewende und eine Generationenfrage

■ **Die Bundesregierung hat die Laufzeiten der Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Ist die Energiewende zu Ende bevor sie richtig in Gang gekommen ist?**

Rainer Baake: Das ist nicht entschieden. Kurzfristig hat die schwarz-gelbe Koalition ihr Ziel erreicht und den Atomkonzernen gegeben, was sie ihnen versprochen hat. Aber zu was für einem Preis! Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da, Union und FDP drohen herbe Wahlniederlagen im Jahr nach der Entscheidung. Und ob es bei der Laufzeitverlängerung bleibt, ist vollkommen offen. Das entscheiden die Richter am Bundesverfassungsgericht oder die Bürgerinnen und Bürger bei der nächsten Bundestagswahl...

Bricht der Boom bei den Erneuerbaren zwischenzeitlich zusammen?

Sicher nicht sofort. Zunächst einmal gilt das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit der Vorfahrt für den

Ökostrom in den Netzen weiter. Wir werden sehen, ob die Bundesregierung es bei der 2011 anstehenden Gesetzesnovelle wagt, ihr Versprechen vom „Eintritt ins regenerative Zeitalter“ offen zu brechen und den Netzvorrang von Sonne und Wind in Frage zu stellen.

Apropos Stromnetz – scheitert die Energiewende nicht schon daran, dass der Umbau der Netze mit dem Ausbau von Windrädern und Solaranlagen nicht Schritt hält?

Diese Gefahr ist real. Deshalb haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich mit ganzer Kraft diesem Infrastrukturproblem zuzuwenden, statt die Schlachten von vorgestern noch einmal zu schlagen und mit ihrer Atompolitik die Gesellschaft zu spalten.

Was muss stattdessen geschehen?

Die Regierung muss die Rahmenbedingungen für den Netzum- und -ausbau so gestalten, dass er von der Bevölkerung akzeptiert wird.

Dafür brauchen wir vor allem Transparenz und die frühe Beteiligung betroffener Anwohner. Wie das gehen kann, hat das „Forum Netzintegration“ unter Moderation der DUH im Detail aufgezeigt. Den Plan N zum Aus- und Umbau der Netze haben schon über 70 Organisationen, Unternehmen, Verbände und Wissenschaftler unterzeichnet. Er unterbreitet konkrete Handlungsvorschläge für die Politik.

Die Energiewende wird zu teuer...

... zu teuer? Es stimmt, eine Energiezukunft ohne atomare Katastrophenrisiken und ohne weltweites Klimachaos ist nicht zum Nulltarif zu haben. Aber sie bleibt bezahlbar. Letztlich geht es um die Frage, ob die Generation, die die Atomrisiken und den Klimawandel zu verantworten hat, auch für die Kosten der Energiewende gerade steht oder ob sie die Begleichung der Rechnung ihren Kindern überlässt. Je länger wir zögern, umso teurer wird es.

Klimafreundlich mobil

Saubere Luft ist ein Menschenrecht! An dieses Urteil des Europäischen Gerichtshof erinnern die DUH-Verkehrsexperten regelmäßig Städte, Autokonzerne und die Regierung. Damit effiziente, abgasarme und klimafreundliche Fahrzeuge endlich durchstarten können



■ Nachdem es auf Grund der Abwrackprämie so schien, dass in Deutschland vermehrt Autos mit geringerem Spritverbrauch gekauft werden, haben die Deutschen 2010 wieder leistungsstärkere und damit auch durstigere Fahrzeuge gekauft. Es war nur ein kurzer „grüner“ Autofrühling, die Realität hat uns wieder eingeholt. Im europäischen Vergleich stehen CO₂-Ausstoß und Spritverbrauch deutscher Neufahrzeuge weiterhin besonders schlecht da. Das ist nicht nur Folge des Fahrzeugangebots deutscher Autokonzerne, die im europäischen Vergleich die Schlusslichter beim Klimaschutz markieren. Dies ist auch ein Ergebnis einer falschen Kfz-Steuerpolitik, die darauf verzichtet, Anreize für besonders spritsparende Fahrzeuge zu geben und Spritschlucker mit hohen Strafsteuern zu belegen. Deutschland stemmt sich noch immer gegen den europäischen Trend hin zu weniger PS-starken, kleineren und effizienteren Autos.

Die Deutsche Umwelthilfe setzt sich auf Straße und Schiene für Klimaschutz, Effizienz und Luftreinhaltung ein: Wir sehen uns als Vorkämpferin für eine nachhaltigere Mobilität. Im Rahmen der von der DUH koordinierten Verbändekampagne „Kein Diesel ohne Filter“ haben wir 2010 die Deutsche Bahn AG davon überzeugt, dass neue dieselbetriebene Rangierloks und zukünftig alle weiteren Diesellokomotiven und Triebwagen nur noch mit Rußpartikelfilter gekauft werden. Und wir sind mit der Bahn im Gespräch, dass möglichst kurzfristig die Bestandsfahrzeuge mit Partikelfiltern nachgerüstet werden.

Die DUH hat sich erfolgreich für die weitere Nachrüstförderung von Diesel-



rußpartikelfiltern für Pkw und erstmals leichten Nutzfahrzeugen eingesetzt. Wir haben die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam daran erinnert, dass sie mehrere hundert Millionen Euro Steuereinnahmen aus der Kfz-Steuer aufkommensneutral für die Filterförderung an die Steuerzahler zurückgeben muss und nicht klammheimlich für andere Aufgaben verwenden darf.

Mit Steuern steuern ist ein traditioneller Grundsatz der Finanzpolitik und funktioniert bedauerlicherweise im Guten wie im Schlechten. Die Dienstwagenbesteuerung begünstigt insbesondere Autos mit hohem Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß – zur großen Freude der deutschen Autokonzerne. Die DUH fordert daher, das „Dienstwagenprivileg“ auf klimaverträgliche Fahrzeuge zu beschränken beziehungsweise – wie in Großbritannien, Frankreich und anderen EU-Mitgliedsstaaten – mit hohen Strafsteuern für übermotorisierte Limousinen die Klimakiller steuerlich unattraktiv zu machen. Die Dienstwagenbesteuerung muss dringend dem europäischen Standard angepasst und ökologisch reformiert werden. Insgesamt hat sich die Kfz-Steuer stärker an Schadstoffklassen, Spritverbrauch und Klimagasemissionen zu orientieren. Nach den Vorschlägen der DUH für eine ökologische Kfz-Steuer können Unternehmen die Dienstwagen nur dann steuerlich absetzen, wenn die Autos den von der EU angestrebten CO₂-Zielwert für 2008 in Höhe von 140 Gramm CO₂

pro Kilometer erreichen. Mit einer an den Klimazielen der EU orientierten Kfz-Steuer würde die Bundesregierung tatsächlich steuern und eine umweltfreundlichere Automobilität fördern.

„Grüne Karte“ für umweltfreundliche Dienstwagenfahrer in Unternehmen

Führungskräfte in Politik und Wirtschaft haben auch eine Vorbildrolle. Die DUH motiviert Spitzenpolitiker und Unternehmenslenker daher, einen klimafreundlichen Dienstwagen zu fahren und sich von großen Limousinen mit hohem Spritverbrauch zu verabschieden. Konkret bedeutet dies, dass die Dienstwagen den EU-Grenzwert ab dem Jahr 2008 von höchstens 140 Gramm CO₂/km bzw. 120 Gramm CO₂/km ab 2012 einhalten sollten. Um den Stand der Dinge in den Fuhrparks der größten Unternehmen in Deutschland zu erfahren, haben wir daher 115 börsennotierte Unternehmen aller Branchen zur Motorleistung, der Höchstgeschwindigkeit und zum CO₂-Ausstoß der Vorstandswagen und der gesamten Wagenflotte befragt.

Interessant war zunächst, wer überhaupt geantwortet hat: Nur ein Viertel der befragten Unternehmen hat sich unter die Motorhaube gucken lassen. Nur 17 von 115 befragten Unternehmen haben klimarelevante Daten über die Dienstwagen von Vorstand und Firma offengelegt. Dafür erhalten sie

die „Grüne Karte“ der DUH. Zehn weitere Unternehmen veröffentlichten den CO₂-Ausstoß der Dienstwagenflotte und bekommen die „Gelbe Karte“. Erschreckend war die hohe Zahl an Verweigerern: 88 Unternehmen waren nicht bereit, Auskunft über den Spritverbrauch und den CO₂-Ausstoß von Vorstandslimousinen oder Firmenautos zu geben. Sie erhalten die „Rote Karte“ für nachhaltige Intransparenz und undurchsichtige Klimaschutzziele.

Diesel nur mit Filter – der Gesundheit und dem Klima zuliebe

Dieselfuß trägt zum Klimawandel bei, da die ultrafeinen Rußpartikel aus unvollständig verbranntem Diesel als Feinstaub auf den Gletschern im Hochgebirge und in der Arktis niedergehen. Der schwarze Ruß verhindert dort die Abstrahlung von Sonnenstrahlen, so dass die Gletscher schneller schmelzen.

Dieselfuß ist aber nicht nur klimarelevant, Dieselfuß ist auch extrem gesundheitsgefährlich. Denn Dieselfuß ist krebserregend – das gilt für Rußpartikel jeder Größe und nicht nur für Feinstaub. Die ultrafeinen Partikel im Dieselfuß können jedoch durch die Haut und über die Lunge in die Blutbahn gelangen und sich auf diese Weise im ganzen Körper verteilen. Feinstpartikel aus Dieselfuß wurden schon im Gehirn gefunden.



Die DUH streitet mit ihrer Kampagne „Kein Diesel ohne Filter“ seit vielen Jahren für eine deutliche Verringerung von Dieselrußemissionen. Als eines der wirksamsten Mittel gegen Feinstaub in der Atemluft haben sich in den vergangenen drei Jahren die Umweltzonen in mittlerweile rund 45 Städten in Deutschland erwiesen. Nachweislich sinkt seit Einführung von wirklich strikten Umweltzonen wie in Berlin die Belastung der Atemluft mit Feinstaub. Mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat die DUH das Bündnis „Rußfrei für's Klima“ gegründet. Die Kampagne will erreichen, dass die Konzentration von Dieselrußpartikeln in der Luft verringert wird und kämpft daher europaweit für Rußpartikelfilter für Autos, Lasten, Transporter, Baumaschinen und Schiffe – mit anderen Worten: Filter für alle Fahrzeuge mit Dieselmotor! Da Dieselruß nicht an Staatsgrenzen Halt macht, hat die Kampagne „Rußfrei für's Klima“ ihre Aktivitäten 2010 nach Österreich, Polen, Tschechien, Ungarn und in die Slowakei ausgeweitet. Das Bündnis wird dort von lokalen Umweltschutzgruppen unterstützt.

Für die Verbesserung der Luft im Stuttgarter Kessel haben wir uns auch während der Bauarbeiten für Stuttgart 21 eingesetzt. Vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart hat die DUH im Dezember 2010 erstritten, dass auf der Großbaustelle mitten in der Innenstadt aus-

schließlich Baumaschinen und Baufahrzeuge mit Dieselrußpartikelfilter zum Einsatz kommen dürfen. Mit diesem Grundsatzbeschluss gilt erstmals auf einer deutschen Großbaustelle ein Luftreinhaltstandard, der beispielsweise in der Schweiz seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist. Es gilt nun, diese Entscheidung auf alle Städte und Baustellen Deutschlands auszuweiten.

Die EU fördert den DUH-Einsatz für natürliche Kältemittel in Autoklimaanlagen

Für die Nutzung des natürlichen Kältemittels CO_2 in Autoklimaanlagen macht sich die DUH seit vielen Jahren stark. Besonders gefreut hat uns daher, dass die Berliner Verkehrsbetriebe als weltweit erstes Verkehrsunternehmen die Linienbusse mit CO_2 -Klimaanlagen ausstatten. Die Deutsche Bahn AG hat nach intensiven Gesprächen mit der DUH angekündigt, Klimaanlagen mit CO_2 -Kühlung in Prototypen zu testen.

Unser unermüdlicher Einsatz für die umweltfreundliche Kühlung in Autos, Lasten und Bahnen hat 2010 die EU-Kommission honoriert. Sie unterstützt uns daher mit dem EU-Life+ Projekt „PRO KLIMA: Effiziente Autoklimaanlagen mit natürlichen Kältemitteln“. Mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) führen wir in den kommenden drei Jahren eine Informationskampa-

gne zur Einführung effizienter Klimaanlagentechnik durch. Wir werden Bürgerinnen und Bürger für die Umweltauswirkungen von Autoklimaanlagen sensibilisieren und das Thema in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion weiter verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass die derzeit eingesetzten Systeme verbessert werden, damit der Energieverbrauch und die daraus entstehenden Emissionen sinken. Außerdem arbeiten wir darauf hin, dass die Hersteller mit verbesserten Komponenten und Werkstoffen die Geschlossenheit der Anlagen erhöhen. Schon allein technische Verbesserungen der Klimaanlagensysteme können den Kraftstoffmehrerbrauch, den die Klimaanlage verursacht, um 30 bis 40 Prozent verringern.

Parallel engagieren sich DUH und VCD für die Einführung natürlicher Kältemittel wie CO_2 . Der DUH ist es weiterhin ein großes Anliegen, eine der schlimmsten Umwelt- und Klimachemikalien zu verhindern: Das chemische Kältemittel in Autoklimaanlagen. Ab 2011 darf das bislang eingesetzte Kältemittel R134a in neuen Fahrzeugtypen nicht mehr zum Einsatz kommen. Es hat ein Treibhauspotenzial von 1.430 und ist aus Klimaschutzgründen verboten. Zum Vergleich: CO_2 hat ein Treibhauspotenzial von eins. Die Auto- und die Chemieindustrie ersetzen die Chemikalie R134a jedoch nicht etwa mit dem natürlichen Kältemittel, sondern wollen mit der Chemikalie 1234yf arbeiten. Das neue chemische Kältemittel hat zwar nur einen Treibhauswert von 4 – entwickelt aber im Brandfall die gefährliche Flusssäure. 1234yf ist also eine erhebliche Gefahr für Umwelt und Gesundheit. Und die wird die Deutsche Umwelthilfe nicht hinnehmen.

Für die finanzielle Unterstützung und die gute Zusammenarbeit im Bereich Verkehr und Luftreinhaltung danken wir dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Umweltbundesamt und der EU-Kommission / Life+.

„Wir brauchen eine neue Ehrlichkeit bei den Autoherstellern“



DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch
über die Tricks der Autokonzerne, falsche Verbrauchsangaben
von Neuwagen und getäuschte Verbraucher

■ Die deutschen Autokonzerne machen jetzt auf grün. Kein Unternehmen mehr, das nicht mit klangvollen Namen die klimafreundlichen Eigenschaften seiner Autos herausstellen würde. Haben die Autohersteller die Lektionen gelernt?

Jürgen Resch: Leider nein. Klimaschutz findet nur in der Werbung statt. Alle reden von Elektromobilität aber kein einziger deutscher Hersteller hat auch nur ein serientaugliches Vorserienmodell. Stattdessen beobachten wir eine Flut neuer Modelle im Segment der Stadt-Geländewagen. Die PR-Abteilungen geben sich alle Mühe, die Sprit fressenden und überdimensionierten Autos als effizient-dynamisch oder mit blue emotion als besonders umweltfreundlich zu verkaufen. Ein deutscher Hersteller hat seinen Geländewagen kürzlich damit beworben, dass SUV „sportlich und verantwortungsbewusst“ bedeuten würde.

Wenn man den Angaben der Hersteller folgt, sind aber sowohl Spritverbrauch als auch der CO₂-Ausstoß der Neuwagen gesunken?

Als Verbraucherschutzverband erreichen uns tausende von Zuschriften, dass sich diese Angaben immer weiter von der Realität entfernen. Beim Smart beträgt der tatsächliche Mehrverbrauch 40 Prozent. Und BMW stellt beim Testzyklus die Lichtmaschine aus. Die DUH hat herausgefunden, dass die meisten Autobauer mit Tricks ihre Modelle bei der Prüfung des Spritverbrauchs tunen. Da diese Angaben auch nicht vom Staat überprüft werden, sind die Verbraucher und die Umwelt die Dummen.

Aber Hybrid-Fahrzeuge verbrauchen doch erstaunlich wenig Sprit und haben dementsprechend einen niedrigen CO₂-Ausstoß?

Diese Trickereien gibt es leider auch bei Hybridfahrzeugen. Während aber immerhin die Modelle von Toyota und Honda im realen Fahrbetrieb ausgesprochen wenig Sprit benötigen, verhält es sich bei den ersten deutschen Hybridmodellen gerade umgekehrt: Der VW Touareg benötigt sogar mehr Sprit als die Standardmotorisierung mit einem reinen Verbrennungs-

motor. Hier wird wie auch bei Porsche und BMW die Hybridtechnologie vor allem für noch mehr Durchzugskraft genutzt – nicht um Sprit zu sparen.

Wie kann diese Verbrauchertäuschung gestoppt werden?

Wir brauchen eine neue Ehrlichkeit bei den Autoherstellern. Und die erreichen wir nicht mit neuen Selbstverpflichtungen der Industrie, sondern mit verbesserten Prüfvorschriften und strengen Kontrollen der Behörden. Ein aktuelles Beispiel für die Nichteinhaltung von Umweltvorschriften ist der Wortbruch des Präsidenten der deutschen Autoindustrie Matthias Wissmann. Er hatte 2007 zugesagt, ab 2011 in neuen Modellen ausschließlich natürliche Kältemittel in Klimaanlage einzusetzen. Diese beachtliche Aussage wurde dann fast drei Jahre aufrecht erhalten, doch da hatten sich die deutschen Autokonzerne schon längst entschieden, die alte verbotene Chemikalie durch einen neuen Chemiecocktail zu ersetzen. Dabei verschweigt die Industrie, dass das neue chemische Kältemittel im Brandfall die hochgiftige Fluorwasserstoffsäure freisetzt.

Die biologische Vielfalt bewahren

Die Erhaltung der Biodiversität verträgt keinen weiteren Aufschub.

Die DUH-Naturschützer unterstützen Projekte in den Netzwerken

Lebendige Wälder und Lebendige Flüsse, streiten für den Schutz der Meere und machen Druck in der Politik



■ Der dramatische Verlust von Arten und Lebensräumen schreitet voran. Die Lage der Natur ist auch in Deutschland Besorgnis erregend. 72 Prozent aller natürlichen Lebensräume sind hierzulande gefährdet oder akut in ihrer Existenz bedroht. 26 Prozent der Pflanzenarten und 35 Prozent der einheimischen Tierarten sind bedroht. Und obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel und Umweltminister Norbert Röttgen gern von der Bewahrung der Schöpfung reden und die Bedeutung der biologischen Vielfalt mit der des Klimaschutzes vergleichen, ist die Bilanz der Bundesregierung im Internationalen Jahr der Biodiversität doch ernüchternd.

Deutschland verfehlt das Ziel der „Nationalen Strategie für biologische Vielfalt“, den Rückgang der Biodiversität bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Die Bundesregierung setzt auch die selbstgesteckten Ziele nicht um, den Anteil von Grünland zu steigern, und die Regeneration von Mooren zu fördern. Stattdessen bedrohen intensive Land- und Forstwirtschaft vielerorts wertvolle Lebensräume wie Feuchtwiesen und Buchenwälder. Die Regierung plant weiterhin den Ausbau der wenigen naturnahen Flüsse und kümmert sich kaum um den Schutz von Nord- und Ostsee. Landwirtschafts- und Verkehrsministerium ignorieren die Biodiversitätsstrategie fast völlig, Kanzlerin Merkel macht nur in Festreden deutlich, dass das gesamte Kabinett die Nationale Strategie für biologische Vielfalt beschlossen hat.

Die DUH hat daher auch 2010 jede Gelegenheit genutzt, die Bundesregierung und die Bundesländer an ihre Verpflichtung zu erinnern, die „Natio-

nale Strategie zur biologischen Vielfalt“ umzusetzen. Unabdingbar dafür ist nach Ansicht der DUH ein Biodiversitätsgesetz. Um den Verlust von Arten und Lebensräumen aufzuhalten, muss sich staatliches Handeln künftig am Erhalt der biologischen Vielfalt ausrichten. Die Leistungen der Ökosysteme für Wirtschaft und Gesellschaft müssen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgenommen werden. Die DUH fordert daher eine nationale TEEB-Studie für Deutschland entsprechend der UN-Initiative „The Economy of Ecosystems and Biodiversity“.

Artenvielfalt braucht vernetzte Lebensräume

Wildtiere und Wildpflanzen brauchen umso dringender sichere Wanderkorridore, je stärker ihre Kernlebensräume schrumpfen. Denn nur über sichere Wege gelangen sie in benachbarte Gebiete und finden ausreichend Lebensraum. Straßen, die wichtige Biotope zerschneiden, müssen daher mit Grünbrücken für Tiere passierbar gemacht werden. Flüsse müssen wieder durchgängig werden und vereinzelte Wälder mit Gehölzkorridoren und anderen „Trittsteinbiotopen“ miteinander verbunden werden.

Die Bundesländer sind seit acht Jahren verpflichtet, einen so genannten Biotopverbund auf mindestens zehn Prozent ihrer Landesfläche einzurichten. Eine Umfrage der DUH bei den Bundesländern hat jedoch ergeben: Die meisten Länder haben die gesetzliche Vorgabe entweder gar nicht oder nur sehr unzureichend umgesetzt. Verantwortlich dafür ist unter anderem der massive Stellenabbau in der Naturschutzverwaltung. Nur wenige qualifizierte Mitarbeiter haben den Kahl-schlag in den Naturschutzverwaltungen überstanden, die wenigen verbliebenen Mitarbeiter sind jedoch mit den zahlreichen Aufgaben überfordert. Die DUH fordert daher die Ministerpräsidenten auf, den Personalabbau unverzüglich zu stoppen. Die Bundesregierung muss außerdem dringend ver-



bindliche Vorgaben für ein bundesweites Biotop-Netz geben, zum Beispiel indem sie die Ausweisung von Verbundflächen in einer Anlage zum Bundesnaturschutzgesetz regelt oder auf bereits jetzt schon bestehender Gesetzesgrundlage einen Bundes-Raumordnungsplan erlässt.

Lebendige Flüsse erhalten und wieder herstellen

Die meisten Flüsse in Deutschland sind begradigt, für Schiffe vertieft, für Wasserkraftwerke gestaut, mit Wehren abgeriegelt. Fische und andere Wasserlebewesen können die Flüsse nicht

Das Netzwerk Lebendige Flüsse

■ Die DUH begleitet seit vielen Jahren die Zusammenarbeit von Flussschützern, Schulen, Behörden und Kommunen im „Netzwerk Lebendige Flüsse“. Engagierte Aktive von der Küste bis zum Bodensee an mittlerweile 13 Flüssen beteiligen sich – von Rhein, Donau und Elbe über Nahe und Havel bis zur Ilmenau. Wir unterstützen Gruppen bei Fluss-Renaturierungen, machen politischen Druck gegen den Ausbau der Flüsse, mobilisieren Jugendliche für Naturschutzprojekte am Fluss vor ihrer Haustür, organisieren Badetage und bringen Naturschützer zusammen, damit sie Wissen austauschen können und Erfahrungen im Fluss bleiben.





mehr durchwandern. Zum Land schneiden Deiche die Flüsse von den natürlichen Überflutungsflächen der Auen ab. Nur noch ein Prozent der Auen ist naturnah und vom Menschen relativ unbeeinflusst. An den großen regulierten Flüssen Rhein, Elbe, Donau und Oder können gerade noch zehn

bis 20 Prozent der ehemaligen Überschwemmungsflächen bei Hochwasser überflutet werden. Doch auch diese fruchtbaren Auen bestehen überwiegend aus Äckern, Feldern und intensiv genutzten Forsten und nicht mehr aus natürlichen Auwäldern: Mit mehr als 12.000 Tier- und Pflanzenarten – ei-

nem Fünftel aller hier vorkommenden Arten – zählen Auen zu den artenreichsten Lebensräumen in Mitteleuropa. Aber Auen sind auch die am stärksten gefährdeten. In Deutschland sind 83 Prozent aller Biotoptypen der Flüsse und Auen bedroht.

Die Neuschaffung von Auen kommt nur schleppend voran. Allerdings gibt es in Deutschland und den Nachbarländern vorbildliche Projekte. Die DUH hat mit Partnern im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz die Erfolgsfaktoren dieser Projekte analysiert. Die Ergebnisse werden als Buch veröffentlicht und in Workshops verbreitet, damit mehr Auen geschaffen werden und ökologischer Hochwasserschutz umgesetzt wird.

An der Havel gewinnt der Naturschutz

Einen Erfolg gegen die Betonlobby im Bundesverkehrsministerium hat ein Bündnis von Umweltverbänden mit Unterstützung der DUH erkämpft. Gemeinsam haben sie ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht angestrengt und gegen den Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals bei Potsdam geklagt. Dort sollten 900 Bäume abgeholzt werden, da das Bundesverkehrsministerium plant, die Flüsse Havel und Spree zwischen Magdeburg und Berlin zu einer gigantischen „Wasserautobahn“ auszubauen – 185 Meter lange Schiffe sollen sich auf der gesamten Strecke begegnen können, obwohl es dafür gar keinen Bedarf gibt. Kurven sollen über weite Strecken begradigt, Uferböschungen abgegraben und Gehölze beseitigt werden – wie am Sacrow-Paretzer-Kanal.

In einem Vergleich haben wir einen entscheidenden Erfolg erzielt: Der ganz große Ausbau unterbleibt. Wertvolle Biotope und die Lebensräume von Biber, Fischotter und Zauneidechse sind gerettet. Der Vergleich wird auch die juristischen Auseinandersetzungen gegen weitere Ausbauprojekte von Bundeswasserstraßen beeinflussen.

Jugendliche entdecken die Elbe

■ Schülerinnen und Schüler aus Deutschland und Tschechien haben sich zum 2. Camp an der Elbequelle im tschechischen Riesengebirge getroffen. Unter dem Motto Youth-4-Elbe hat die DUH mit Unterstützung der Alcoa Foundation Jugendliche und Lehrer eingeladen. Auf Exkursionen in den Nationalpark und entlang der jungen Elbe vertiefen die Jugendlichen ihre Erkenntnisse über den Fluss, der sie miteinander verbindet. Denn sie alle leben in Städten, die an der Elbe oder ihren Nebenflüssen wie der Moldau liegen.





Lebendige Wälder

Der Naturschutzfonds Lebendige Wälder

Zum Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt in hiesigen Wäldern haben die DUH und Telekom Deutschland den „Naturschutzfonds Lebendige Wälder“ eingerichtet. Er fördert vorbildliche Naturschutzprojekte in Deutschland, die für den Erhalt von Wäldern und den darin lebenden Tieren und Pflanzen sorgen. 2010 unterstützen DUH und Telekom Deutschland insgesamt fünf Naturschutzinitiativen: Zwei von ihnen kümmern sich am Bodensee und an der Weser um die Wiederentstehung von Auwäldern, drei der Projekte unterstützen den Lebensraum der bedrohten Waldbewohner Haselmaus, Haselhuhn sowie Alpenbock und Hirschkäfer.

Im Biosphärengebiet Schwäbische Alb in Baden-Württemberg gibt es noch letzte Vorkommen des seltenen Alpenbocks, eines prächtigen blaugefärbten Käfers mit langen Antennen. Er lebt in lichten, von der Sonne beschienenen Buchenwäldern und nutzt abgestorbene Buchenstämme für die Eiablage und Brut. Auch der Hirschkäfer braucht die Sonne auf alten Eichen und ist für die Eiablage auf Totholz angewiesen. Mit dem Projekt konnten die Lebensbedingungen für die beiden Arten verbessert werden, indem mehr abgestorbene Bäume im Wald liegen

bleiben und die traditionelle Mittelwaldwirtschaft ausgebaut wird.

Im thüringischen Frankenwald haben die DUH-Projektpartner das hier äußerst selten gewordene Haselhuhn ausgewildert und wieder angesiedelt. Damit die Haselhühner in ihrem neuen Lebensraum langfristig überleben können, werden Waldumbaumaßnahmen durchgeführt, die auf die speziellen Bedürfnisse der Art Rücksicht nehmen. So entstehen Unterschlupfmöglichkeiten mit freien Stellen im Wald, die das Haselhuhn für die Aufzucht der Jungen benötigt.

Die Haselmaus, Verwandte des Siebenschläfers, ist auf artenreiche Waldränder mit ausgeprägter Strauchschicht angewiesen und infolge zunehmender Verarmung der Wälder sehr selten geworden. Am Rotstein in der sächsischen Oberlausitz wurden für die streng geschützte Art mit Waldumbau-

maßnahmen Nist- und Unterschlupfplätze sowie ein größeres Nahrungsangebot geschaffen. Auch andere seltene Bewohner von Waldrändern und Waldlichtungen profitieren davon.

Am gesamten Bodensee und seinen Zuflüssen sind insgesamt noch 60 Hektar Weichholzauenwaldreste stehen geblieben. Die Auen sind nur für den Acker- und Obstbau, für Wohnsiedlungen und Gewerbegebiete abgeholzt worden. Die Bodensee-Stiftung will deshalb mit Unterstützung des Naturschutzfonds Lebendige Wälder einen Auenwaldverbund rund um den See schaffen. Sechs Gebiete mit vielversprechendem Renaturierungspotenzial hat die Bodensee-Stiftung ausgewählt, die in den drei Seeanrainerstaaten Deutschland, Schweiz und Österreich liegen. Gemeinsam mit den Behörden und Gemeinden ist ein Auenentwicklungskonzept entstanden.

Auch an der Weser entsteht neuer Auenwald. Zentraler Bestandteil der Aktivitäten ist das Schulprojekt „Wir pflanzen einen Auenwald“. Kinder und Jugendliche in Höxter pflanzen Bäume und helfen den stark geschrumpften Auenwaldbeständen an der Weser. In dem Umweltbildungsprojekt lernen sie verschiedene Gehölzarten wie Eiche, Ulme oder Pfaffenhütchen kennen, erlernen den Umgang mit GPS-Geräten und erleben Nachhaltigkeit im eigenen Handeln.





Engagiert für das Leben im Meer

Meere haben für die Stabilität von Klima und Ökosystemen eine herausragende Bedeutung, zumal sie 71 Prozent der gesamten Oberfläche der Erde einnehmen. Die Existenz von einer Million höherer Lebensformen in den Meeren haben Wissenschaftler laut der 2010 abgeschlossenen Erfassung der maritimen Lebensvielfalt (Global Marine Census) festgestellt. Sie gehen davon aus, dass dem Menschen der größte Teil dieser biologischen Vielfalt noch immer unbekannt ist.

Die DUH will das Leben in den Meeren schützen und lenkt daher verstärkt die öffentliche Wahrnehmung auf die Gefährdung maritimer Lebenswelten durch den Menschen. Seit vielen Jahren ist die DUH bereits im Meeres-

schutz tätig, hat aber 2010 ihre Aktivitäten aufgrund der brisanten Lage kräftig ausgeweitet. Deutschland ist Anrainer an Nord- und Ostsee und damit gleich für zwei europäische Meere zuständig, die durch intensive und vielfältige Nutzung erheblichen Risiken ausgesetzt sind. Aber auch für andere Meere in Europa und weltweit trägt die Bundesregierung als politisches Schwergewicht in europäischen und internationalen Verhandlungen ein hohes Maß an Verantwortung. Die Deutsche Umwelthilfe ist daher 2010 zwei internationalen Allianzen beigetreten, die auf unterschiedliche Weise Politik und Öffentlichkeit von der Dringlichkeit eines engagierten Meeresschutzes überzeugen wollen: OCEAN2012 und der Shark Alliance.

Das Ziel: Gesunde Fischbestände und Artenreichtum in den Meeren

Seit Juli 2010 ist die DUH für die Koordinierung der Kampagne OCEAN2012 in Deutschland verantwortlich. OCEAN2012 ist ein Zusammenschluss von mehr als 90 Organisationen in verschiedenen europäischen Ländern, die sich für die Umgestaltung der EU-Fischereipolitik engagieren. Ziel ist, Überfischung und zerstörerische Fangmethoden zu beenden und eine faire und gerechte Nutzung von gesunden Fischbeständen in der anstehenden EU-Reform der europäischen Fischereipolitik zu verankern. Die EU will bis Januar 2013 die Reform abschließen – Zeit für die Deutsche Umwelthilfe



und ihre europäischen Partner die Reform im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit zu beeinflussen.

Im politischen Prozess kommt der Bundesregierung aufgrund ihres politischen Gewichts in der EU eine Schlüsselrolle zu. Mit unseren deutschen Partnerorganisationen werden wir daher keine Gelegenheit auslassen, unsere Positionen für eine naturverträgliche Fischereipolitik gegenüber der Regierung zu vertreten.

Mehr Schutz für Haie

Haie haben 400 Millionen Jahre, diverse Eiszeiten und mehrere Klimawandel überlebt. Als so genannte Top-Prädatoren stehen Haie in der Nahrungskette der Weltmeere ganz oben. Die Wissenschaft geht deshalb davon aus, dass größere Haiarten die Bestände ihrer Beutefische und damit die Artenzusammensetzung und das Gleichgewicht ganzer Meeresökosysteme erheblich beeinflussen. Fehlen die Haie, könnten manche Ökosysteme der Meere zusammenbrechen.

Haie sind jedoch ernsthaft in Gefahr, da der Mensch massiv in den Lebensraum der Haie weltweit eingreift. Die Überfischung gilt als Hauptursache dafür, dass Haie heute zu den am stärksten bedrohten Fischarten gehören. Denn Haie wachsen langsam, werden erst spät geschlechtsreif und vermehren sich sehr langsam. So trägt der in Nord- und Ostsee lebende

Dornhai knapp zwei Jahre. Heringshaie bringen pro Wurf nur etwa vier Jungtiere zur Welt.

Vorwiegend in asiatischen Ländern gelten vor allem die Rückenflossen als Delikatesse der „Haifischflossensuppe“. Als Mitglied der internationalen Shark Alliance hat die Deutsche Umwelthilfe 2010 die European Shark Week in Deutschland koordiniert. Die europaweite Aktionswoche im Oktober 2010 hat das Augenmerk ganz auf die Praxis des sogenannten Finning von Haien gelegt: Den Haien werden unmittelbar nach dem Fang noch auf See die Flossen bei lebendigem Leib abgeschnitten. Die verstümmelten Tiere werden dann wieder ins Meer geworfen, wo sie schwimmunfähig verenden.

Die Art der Entsorgung der Tierkörper macht die Haifischerei völlig undurchsichtig. Niemand weiß, wie viele Haie tatsächlich gefangen werden. Die DUH und die Shark Alliance fordern daher, dass die ganzen Körper der Haie an Land gebracht werden. Nur dann lässt sich die Anzahl der getöteten Tiere verlässlich ermitteln. Die Ganzkörperanlandung von Haien ist bei manchen Fischbetrieben außerhalb Europas bereits üblich.

Ein Drittel der bekannten Haiarten ist vom Aussterben bedroht. Die DUH nimmt daher Einfluss auf die politischen Weichenstellungen in der EU zur Erhaltung der Haie und macht auf das Schicksal der Haie aufmerksam.

DUH unterstützt Partnerorganisationen im Meeressäugerschutz

Chemikalien, Lärm von Motoren, Schiffen und Bauarbeiten unter Wasser und vor allem die Fischerei erschweren auch den Meeressäugern das Überleben. Eine große Zahl Wale und Delfine kommt weiterhin als Beifang in der industriellen Fischerei zu Tode. Die wenigen verbleibenden Schweinswale in der Ostsee sind durch Meeresverschmutzung, Rammarbeiten beim Bau von Windenergieanlagen, Sonar, seismische Arbeiten und vor allem die Stellnetzfischerei gefährdet. Auch die Zahl der Zusammenstöße zwischen Schiffen und Walen steigt jährlich und bedroht ganze Walpopulationen vor allem im Atlantik. Zusammen mit Partnern wie der Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger, der Gesellschaft zur Rettung der Delfine und M.E.E.R. e.V. fördert die DUH verschiedene Projekte zum Schutz von Meeressäugern.

Wir danken unseren Partnern im Naturschutz für die gute Zusammenarbeit: Alcoa Foundation, Bundesamt für Naturschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, C&A, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Ecologic, Garpa, Gruner + Jahr, Hanns-R.-Neumann-Stiftung, Kyocera Mita, Pew Charitable Trusts, Telekom Deutschland und Unilever.

Der Mensch braucht Natur in Stadt und Land

Städte und Gemeinden sind umso lebens- und liebenswerter für den Menschen, je mehr Tiere und Pflanzen dort leben. Kluge Kommunen haben das erkannt und schützen daher die biologische Vielfalt im Ort



■ Amsel, Drossel, Fink und Star erfreuen mit ihrem Gesang jedes Jahr im Frühjahr aufs Neue. Damit die ganze Vogelschar auch weiterhin in Gärten, Parks und auf Schulhöfen singen und pfeifen kann, engagiert sich die DUH in mehreren Projekten für den Schutz der Biodiversität auf lokaler Ebene. Denn Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Doppelrolle für den Erhalt der biologischen Vielfalt: Sie bieten ganz unterschiedliche Lebensräume für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren. Und die Kommunen haben einen direkten Draht zu ihren Bürgern, und haben daher eine gute Möglichkeit, das Bewusstsein der Menschen für die biologische Vielfalt und die damit verbundene Lebensqualität vor Ort zu stärken. Die DUH unterstützt die Städte und Gemeinden, indem sie die

Kommunen vernetzt, Ideen und Projekte sammelt und sie allen Kommunen in einem Ideenpool zur Verfügung stellt.

Die Bundeshauptstadt der Biodiversität

Im Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 hat die DUH den Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ ausgeschrieben. Bewerben können sich Städte und Gemeinden in den vier Größenkategorien bis 10.000, bis 30.000, bis 100.000 und mehr als 100.000 Einwohner. Die DUH bewertet das kommunale Engagement für wohnortnahes Stadtgrün, für den Arten- und Biotopschutz, die Umweltbildung und die Öffentlichkeitsarbeit. Die beste Stadt oder Gemeinde gewinnt den Titel „Bundeshauptstadt der Biodi-

versität“. Außerdem werden die besten drei Kommunen aus den jeweiligen vier Größenkategorien und herausragende Projekte ausgezeichnet. Dank der Stiftung „Lebendige Stadt“ vergibt die DUH bei der Auszeichnungsfeier im April 2011 erstmals in einem Wettbewerb des Kommunalen Umweltschutzes auch Preisgelder von insgesamt 50.000 Euro an die Gewinnerkommunen.

Förderer: Das europäische Umweltförderprogramm LIFE+; Stiftung Lebendige Stadt

Die Europäischen Wettbewerbe für die European Capitals of Biodiversity

Dank dem europäischen Umweltförderprogramm LIFE+ ist der Wettbewerb

für die Bundeshauptstadt der Biodiversität auch Teil eines europäischen Projektes. Die DUH hat daher in Frankreich, Spanien, Ungarn und der Slowakei ebenfalls Ausschreibungen zur Hauptstadt der Biodiversität koordiniert. Und es hat sich gezeigt: Das bewährte Konzept der DUH, die Kommunen mit Wettbewerben in ihren Bemühungen zu fördern und zu bestärken, funktioniert auch in diesen Ländern sehr gut.

In der Slowakei haben sich 20 Städte um den Titel beworben. Die slowakische Hauptstadt der Biodiversität 2010 ist Želiezovce (7.500 Einwohner) im Süden des Landes. Die Stadt und örtliche Naturschützer engagieren sich besonders für Vögel und Fledermäuse haben ein großangelegtes Programm gegen invasive Pflanzen entwickelt. Gemeinsam veranstalten sie zudem jährlich eine Vielzahl von Aktionstagen für Kinder.

In Frankreich stieß der Wettbewerb auf besonders großes Interesse. 80 Kommunen haben sich beteiligt, von denen Grande-Synthe (22.000 Einwohner) bei Calais den Titel gewonnen hat. Die Stadt überzeugt mit einem ambitionierten Konzept zur Wiederherstellung einer hohen Biodiversität im Stadtgebiet. Die Stadt legt schon seit Jahren einen besonderen Wert auf naturnahe Grünflächenpflege und sorgt für eine hohe Lebensqualität in einer stark industrialisierten Region.

Zur Hauptstadt der Biodiversität in Spanien wurde Real Sitio de San Ildefonso (5.700 Einwohner) in der Nähe von Segovia gekürt. Seit 15 Jahren setzt die Stadt ein Modell um, das historische, umweltpolitische und kulturelle Aspekte zusammenbringt. Mit nachhaltiger Entwicklung und Naturschutz will die Stadt die Lebensqualität für die Bewohner steigern. Die Stadt schützt daher Otter- und Forellen und fördert alte landwirtschaftlich genutzte Arten wie die regionale La Granja Bohne.

In Ungarn wurde Tata (24.000 Einwohner) zur Hauptstadt der Biodiversität 2010. Die Stadt im Norden des



Landes liegt direkt an einem europaweit bedeutenden und durch die Ramsar-Konvention geschützten Feucht- und Vogelrastgebiet. Tata hat in den vergangenen Jahren die Wasserqualität verbessert, die Grünflächen ausgedehnt, 12.000 Bäume gepflanzt und in die Verbesserung der Umweltbedingungen investiert.

Förderer: Das europäische Umweltförderprogramm LIFE+

Vom Dialog zum Bündnis der „Kommunen für Biologische Vielfalt“

Zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt führt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) zahlreiche Dialogforen mit Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen durch. Da die DUH jahrelange Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden hat, haben BfN und DUH das Forum mit den Kommunen gemeinsam veranstaltet. Erstes Ergebnis ist eine Deklaration, mit der sich die Kommunen zum verstärkten Schutz der Biodiversität bekennen. Mehr als 170 Städte und Gemeinden haben die Deklaration inzwischen unterzeichnet, womit sich die Kommunen verpflichten öffentliche Grünflächen naturnah zu pflegen, beim Ausbau von Biotopverbundsystemen und Schutzgebieten mit zu arbeiten, Wälder naturnah zu bewirtschaften und naturnahe

Tourismuskonzepte zu fördern. Im nächsten Schritt wollen die Kommunen ein Bündnis für biologische Vielfalt bilden, in dem sie sich zusammenschließen, austauschen und Konzepte für den Schutz der Biodiversität erarbeiten.

Förderer: Bundesamt für Naturschutz

Umweltgerechtigkeit in allen Stadtteilen

Das Thema Umweltgerechtigkeit hat die DUH 2010 weiter vorangetrieben. Unter dem Titel „Natur-Stadt-Mensch“ diskutieren unter Leitung der DUH Experten aus Kommunen, Verbänden und der Wissenschaft, wie eine hohe urbane Biodiversität allen Bevölkerungsgruppen zugute kommen kann. Denn Naturerfahrung ist eine essentielle Voraussetzung für Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen in der Stadt. Eine intakte Natur fördert nachweislich die körperliche und geistige Gesundheit von Kindern und trägt entscheidend zum Umweltbewusstsein im Erwachsenenalter bei. Doch in allen Städten gibt es Stadtteile mit einkommensschwacher Bevölkerung, die nicht ausreichend über Grünflächen und Naturerfahrungsräume verfügen. Naturschutz und soziale Gerechtigkeit können also nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt

Gutes Klima in der Stadt

Städte und Gemeinden fördern nachhaltige Energieerzeugung, planen umweltfreundliche Neubauten und finanzieren klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr. Die besten von ihnen hat die DUH im Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz ausgezeichnet



■ Städte und Gemeinden können den Klimaschutz entscheidend voranbringen: Das Spektrum ihrer Möglichkeiten reicht dabei vom Einsatz energiesparender Rechner in der Verwaltung über die finanzielle Unterstützung zum energetischen Bauen bis hin zum Rückkauf des kommunalen Stromnetzes und dem Ausbau regenerativer Energien. Viele Kommunen sind im Klimaschutz aktiv und kurbeln damit auch die kommunale Wirtschaft an. Mehr denn je gilt der Klimaschutz als Motor für die regionale Wertschöpfung und Beschäftigung.

Die Chancen des kommunalen Klimaschutzes werden zunehmend deutlicher erkannt. Damit wachsen jedoch auch die Erwartungen an die Städte und Gemeinden. Die Deutsche Umwelthilfe hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die Kommunen in ihrem Bestreben nach einer klimaschonenden Kommunalplanung zu unterstützen. Seit vielen Jahren im kommunalen Klimaschutz aktiv, verfügt die DUH über eine reichhaltige Erfahrung, die sie gern an die Kommunen weitergibt.

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

Mit dem Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz gibt die DUH Städten und Gemeinden in ganz Deutschland die Möglichkeit, ihre Klimaschutzbemühungen miteinander zu vergleichen und voneinander zu lernen. Insgesamt 73 Kommunen haben 2010 am Wettbewerb teilgenommen und sich in sechs Bereichen des kommunalen Klimaschutzes miteinander gemessen. Erstmals haben wir Projekte im Bereich Green IT bewertet und mit



einem Sonderpreis belohnt. Die ausgezeichneten Projekte aus Hannover, Leipzig und Nordhausen zeigen das enorme Potenzial für den Klimaschutz in und mit der umweltfreundlichen Informationstechnik. Der Wettbewerb zeigt aber auch, dass viele Kommunen die Energiesparmöglichkeiten in der IT noch nicht erkannt haben.

Als Gesamtsieger darf sich Freiburg fortan Bundeshauptstadt im Klimaschutz nennen. Die Stadt ist seit Jahren für eine fahrradfreundliche Innenstadt und die extensive Nutzung der Solarenergie bekannt und hat in allen bewerteten Bereichen des kommunalen Klimaschutzes überzeugt. Für die Steigerung der Energieeffizienz und der regenerativen Energieerzeugung hat Freiburg ebenso Bestnoten erhalten wie für die Öffentlichkeitsarbeit und die klimaschonende Siedlungsentwicklung. Besonders beeindruckt hat die Jury auch, dass Freiburg sich verpflichtet hat, jährlich 1,2 Millionen Euro aus der Konzessionsabgabe der Energieversorger für die Leitungsnutzung in den Klimaschutz zu investieren.

Der Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz hat auch 2010 für eine Menge positiver Klimaschutzschlagzeilen gesorgt. Um die guten Nachrichten weiter bekannt zu machen, wird die DUH im Frühjahr 2011 eine Broschüre mit den besten Projekten des Wettbewerbs herausgeben und eine Workshopreihe für Kommunalvertreter anbieten. Die DUH dankt

den Förderern des Projekts Deutsche Bundesstiftung Umwelt, CO₂NTRA und dem Unternehmen First Solar.

Europäische Meister der erneuerbaren Energien

Mit der Zeitschrift Solarthemen zeichnet die Deutsche Umwelthilfe seit zehn Jahren den Meister der Solarbundesliga aus. 2010 haben wir die Bundesliga europäisiert und zur Renewable Energy Sources Champions League erweitert. Mit Partnern in Frankreich, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Polen haben wir die europäischen Meister der erneuerbaren Energien gekürt. In der Gesamtwertung gewann Prato allo Stevio aus Südtirol in Italien. Zweiter wurde das bayerische Schalkham, Hostin aus Tschechien wurde Dritter. Aus Deutschland haben außerdem die Städte Neckarsum und Ulm in ihren Größenklassen gewonnen. Insgesamt haben mehr als 2.600 Kommunen an dem europäischen Wettbewerb teilgenommen. Finanziert wird die Renewable Energy Sources Champions League aus dem Intelligent Energy Förderprogramm der Europäischen Union.

Die Solarstromkommunen

Die Kampagne SolarLokal wird immer beliebter. Fast 400 Städte und Gemeinden werben bei ihren Bürgerinnen und Bürgern für die klimafreundliche Nutzung des Solarstroms. Etliche Bürgermeister rufen persönlich dazu

auf, in Sonnenkraftwerke zu investieren. Aus gutem Grund: Solarstrom ist gut für das Klima, stärkt die regionale Wirtschaft und sichert örtliche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Kampagne SolarLokal wird gemeinsam von der SolarWorld AG und der Deutschen Umwelthilfe durchgeführt

Regionale Wirtschaftskraft mit erneuerbaren Energien

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der erneuerbaren Energien auf eine Region untersuchen Deutsche Umwelthilfe und Ifas-Institut in dem gemeinsamen Projekt „Investitionen in erneuerbare Energien“. Schwerpunktmäßig wird ermittelt, wie sehr die regionale Wirtschaft von den Investitionen der Kommunen in erneuerbare Energien profitiert. Das Bundesumweltministerium fördert das Projekt.

Coaching für Klimaschutz-Kommunen

Nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Das Klima-Bündnis, das Ifeu-Institut und die DUH unterstützen daher in den kommenden zwei Jahren Städte und Gemeinden, die ihre Kommune klimafreundlich umbauen. Zum Coaching gehören spezifische Internetangebote und Beratungsangebote von Kommune zu Kommune. Gefördert wird das Projekt vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt.

Die DUH ist Anwalt der Verbraucher

Laut Gesetz müssen Unternehmen die Verbraucher über den Energieverbrauch von Autos und von großen Haushaltgeräten aufklären.

Das machen sie aber häufig nicht – oder verwirren mit fantastischen Angaben. Ein klarer Fall für die DUH-Verbraucherschützer, die die Rechte der Verbraucher einklagen

■ Gut gemeint, ist noch lange nicht gut gemacht. Die Bundesregierung erlässt zwar Gesetze zum Schutz der Verbraucher, richtet aber kaum je eine behördliche Infrastruktur zu ihrer Durchsetzung oder Überwachung ein. Der Mangel an staatlichem Vollzug zeigt sich besonders deutlich bei der Verbrauchskennzeichnungsverordnung für Autos. Nach dem Willen der EU als ursprünglicher Gesetzgeberin sollen die Autohersteller und Verkäufer die Autokunden ausreichend informieren, so dass die Kunden vor dem Kauf eines Autos den Klimaschutz in ihre Kaufentscheidung einbeziehen können. Die Pkw-Energieverbrauchs-kennzeichnungsverordnung (Pkw-En-VKV) schreibt daher fest, dass Autohersteller und Autohändler in der Werbung den Spritverbrauch und die CO₂-Emissionen der Autos angeben müssen.

Das machen sie aber längst nicht immer, wie stichprobenartige Kontrollen der DUH-Verbraucherschützer in ganz Deutschland ergeben. Etliche Gerichtsverfahren bestätigen die fortgesetzten Rechtsverstöße von Autoherstellern und Händlern – doch ein Ende scheint nicht in Sicht. Erst im Oktober 2010 hat das Oberlandesgericht Stuttgart die Porsche AG zu einer Konventionalstrafe verurteilt, da der Sportwagenhersteller im firmeneigenen „Christophorus-Magazin“ die gesetzlich vorgeschriebenen Daten verschwiegen hat. Den Staat stört der fortgesetzte Rechtsbruch von Verbraucherschutzgesetzen offenbar nicht. Mehr als sechs Jahre nach Inkrafttreten der Pkw-EnVKV haben noch im-



mer nicht alle Bundesländer Vollzugsbehörden benannt. Die Länder bzw. die Bundesregierung verstoßen nach Auffassung der DUH-Verbraucherschützer damit gegen EU-Recht. Die DUH hat daher bereits zwei Beschwerden bei der EU-Kommission eingereicht.

Und die EU hat in Berlin nachgefragt, weshalb Deutschland sich nicht um die Umsetzung kümmert. Interessanterweise redet sich die Bundesregierung gerade damit heraus, dass die

Überwachung ja deshalb funktioniere, weil die DUH die Umsetzung überprüfe. Diese eigenwillige Interpretation von Gesetzesvollzug nimmt die DUH selbstverständlich nicht hin und wird sich daher weiter für die Rechte von Verbrauchern stark machen.

Verbraucher haben ein Recht auf richtige Werbung

Der Bundesgerichtshof hat bereits vor Jahren entschieden, dass Unternehmen nur dann eine umweltfreundliche



Werbeaussage machen dürfen, wenn aus der Werbung hervorgeht, welchen umweltbezogenen Vorzug das beworbene Produkt hat. In bundesweiten Kontrollen von Anzeigen und Werbungen stellt die DUH jedoch vermehrt fest, dass Unternehmen die eindeutige Rechtsprechung systematisch ignorieren. Unternehmen bewerben Kühlschränke zum Beispiel mit der Selbstverständlichkeit „FCKW-frei“. Oder sie preisen die scheinbaren umweltbezogenen Vorzüge an und bewerben eine Waschmaschine mit der Fantasieangabe „20 % weniger Stromverbrauch“ ohne anzugeben im Vergleich zu was das Gerät angeblich weniger Strom verbraucht. Die unlautere Werbung wuchert nicht nur in den Anzeigen für Haushaltsgeräte, auch Autos werden mit allerlei wilden Behauptungen angepriesen. Ein Hersteller hochmotorisierter Pkw hatte seine Modelle damit beworben, dass sie „wenig Emissionen“ hätten. Eine kühne These, die sich nach einem Blick unter die Motorhaube nicht aufrechterhalten ließ, wie ein Gericht befand.

Die DUH hatte gegen die unlautere Werbung des Autoherstellers geklagt und in diesem Fall erreicht, dass das Greenwashing ein Ende hat. Da wöchentlich jedoch – allein für die Bewerbung von Pkw – tausende Anzeigen und Werbungen erscheinen, kann die DUH nur stichprobenartig die Wahrung der Verbraucherrechte überprüfen. Die eklatantesten Verstöße

bringt die DUH vor Gericht. In den Musterverfahren gegen Unternehmen der Automobilindustrie, Elektromärkte und Kucheneinrichtungshäuser haben die Gerichte in fast allen Fällen für die DUH und für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher entschieden.

Sinnvolle Kennzeichnung schützt das Klima und schont den Geldbeutel – die Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“

Die DUH setzt sich seit Jahren nachdrücklich für eine sinnvolle Kennzeichnung von Produkten ein, die im Betrieb viel Energie verbrauchen. Das gilt neben Autos insbesondere für

große Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Klimaanlage.

Denn der effiziente Einsatz von Energie ist der Schlüssel für den Schutz von Klima und Rohstoffen. Weniger Energieverbrauch ist aber nicht nur mehr Klimaschutz, ein geringerer Verbrauch von Strom und Wärme entlastet auch entscheidend die Ausgaben in Unternehmen und privaten Haushalten.

Die DUH hat daher auch 2010 die Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“ vorangebracht. Gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Öko-Institut und dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) hat die DUH das Ziel von „energieeffizienz – jetzt!“ verfolgt, die Energieeffizienz in Haushalten und Unternehmen zu steigern.

Wir danken der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für die finanzielle Unterstützung der Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“.

Kampagne

energieeffizienz – jetzt!
für Haushalte und Unternehmen



Mehrweg schont Umwelt und Klima

Mehrweg ist Klimaschutz, wissen umweltbewusste Unternehmen schon lange und nutzen die Vorteile von Mehrwegflaschen. Doch die Getränke- und Plastikflaschenlobby scheut keinen Aufwand, um ihre Einwegverpackungen als ökologisch zu verkaufen. Mit welchen Tricks dabei gearbeitet wird, haben die DUH-Recycling- und Mehrwegexperten enthüllt.



■ Das deutsche Mehrwegsystem ist weltweit einzigartig. Die überwiegend mittelständischen Getränkeabfüller und ein auf Mehrweg spezialisierter Groß- und Einzelhandel bieten eine große Auswahl an Saft, Limonade, Bier und Wasser in Mehrwegflaschen an. Alle seriösen Ökobilanzen haben bestätigt, dass Mehrwegflaschen die umweltfreundlichste Verpackungsform sind. Mit Mehrwegflaschen werden Ressourcen effizient genutzt, Energie gespart und regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig geschlossen.

Abfallvermeidung durch Wiederbefüllung ist ein cleveres Konzept, so dass jeder Verbraucher mit dem täglichen Einkauf den Umwelt- und Klimaschutz unterstützen kann. Denn z. B. Mineralwasser in Mehrwegflaschen verursacht nur die Hälfte der klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Vergleich zu Wasser in Einwegflaschen aus Plastik.

Die umweltfreundlichen Mehrwegverpackungen unterstützen nachhaltige Wirtschaftsstrukturen. Der Großteil der Mehrwegprodukte wird dort verkauft, wo sie vorher abgefüllt wurden. Mehrwegsysteme sichern so langfristig Arbeitsplätze in der Region. Das deutsche Mehrwegsystem ist Lebensgrundlage für mehr als 1.800 Brauereien, Brunnen und Saftkellereien. Mehr als 10.000 Fachbetriebe des Getränkehandels bieten 170.000 Menschen einen Arbeitsplatz.

Mehrwegsysteme unter Druck

Um die Vorteile des Mehrwegsystems auch weiterhin zu nutzen, muss die Politik handeln. Die Mehrwegquoten sind

im freien Fall. Nur noch ein Drittel der Mineralwässer und ein gutes Viertel der Limonaden werden in Mehrwegflaschen abgefüllt. Bei Fruchtsäften sind es sogar weniger als acht Prozent. Gleichzeitig hat der Marktanteil derjenigen marktbeherrschenden Discounter zugenommen, die ausschließlich Getränke in Einwegflaschen verkaufen. Die DUH fordert daher, dass Ausnahmeregelungen der Pfandpflicht gestrichen werden und die Bundesregierung endlich eine Lenkungsabgabe auf unökologische Einwegverpackungen einführt.

Viele Verbraucher können Mehrwegflaschen nicht von Einwegflaschen unterscheiden, da beide Flaschen bepfandet sind. Sieben Jahre nach Einführung des Einwegpfandes glaubt jeder zweite Verbraucher, er kaufe umweltfreundliche Mehrwegflaschen, nur weil er Pfand bezahlt hat. Die DUH fordert deshalb eine eindeutige Kennzeichnung für Getränkeverpackungen: Verbraucher müssen auf einen Blick sehen, ob sie eine Mehrwegflasche oder eine Einwegflasche vor sich haben. Wasser-, Bier- und Limonadenhersteller nutzen zudem gern das gute Image von Mehrwegflaschen, füllen jedoch in Einwegflaschen ab und verbrämen das mit dem Aufdruck „Pfandflasche“. Die Unternehmen erzeugen so beim Verbraucher den Eindruck, es handle sich um eine Mehrwegflasche. Die schwarz-gelbe Bundesregierung weiß um diesen Missstand und hat daher im Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben, eine klare Bezeichnung als Mehrweg- oder Einwegflasche zur deutlichen Unterscheidbarkeit und aussagefähigen Produktkennzeichnung einzuführen. Bei den Worten ist es geblieben.

Interessengesteuerte Ökobilanzen der Einweglobby

Die Kunststoffindustrie und die Getränkedosenhersteller haben 2010 versucht, mit selbst in Auftrag gegebenen Ökobilanzen für PET-Einwegflaschen und Getränkedosen ihren Produkten einen „grünen Anstrich“ zu verleihen. Dem mit der Durchführung der Ökobilanzen beauftragten IFEU-Institut wurden von



den Auftraggebern einseitige und unrealistische Annahmen vorgegeben. So ist es kaum verwunderlich, dass die Auftraggeber die Ergebnisse ihrer Studien zu Gunsten von Einwegplastikflaschen und Getränkedosen bewerteten. Zu allen drei Studien hat die DUH detailliert nachgewiesen, mit welchen unrealistischen Vorgaben der Auftraggeber die Ergebnisse in die gewünschte Richtung verfälscht wurden.

Besonders frech ist dabei die Getränke-dosenlobby vorgegangen. Die organisierten Dosenhersteller haben in ihrer Öffentlichkeitsarbeit behauptet, dass die Dose ökologisch „auf Augenhöhe“ mit Mehrwegverpackungen sei. Nach Androhung einer Klage hat die Dosenlobby eine Unterlassungserklärung unterschrieben, laut der sie nicht mehr behaupten darf, Dosen seien genauso umweltfreundlich wie Mehrwegflaschen. Die Einwegindustrie hat damit den Versuch zugegeben, die Verbraucher über die wahren Umweltauswirkungen von Einwegverpackungen zu täuschen.

Die Mehrwegkampagne und der Mehrweg-Innovationspreis

Die DUH unterstützt seit vielen Jahren die Weiterentwicklung von regionalen und umweltfreundlichen Mehrwegsyste-men. Gemeinsam mit mehrwegorientierten Verbänden der Getränkewirtschaft hat die DUH daher 2010 die Verbraucherinformationskampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ fortgesetzt. Mit einem neuen Motiv und attraktiven Pla-

katen stellt die DUH den Getränkehändlern kostenfrei Materialien zur Verfügung, mit denen die kleinen und mittelständischen Unternehmen ihre Kunden über die Vorteile von Mehrwegflaschen informieren können. Mehr als 5.000 Getränkefachmärkte beteiligen sich an der Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“.

Zum dritten Mal hat die DUH 2010 auch den Mehrweg-Innovationspreis für besondere Leistungen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Mehrweggetränkensystemen verliehen. Die Preisträger wurden ausgezeichnet für die Einführung eines innovativen Mehrwegkastens, für Entwürfe gewichtsoptimierter Mehrweg-Saftflaschen und für das Design der klassischen Glasperlenflasche für Mineralwasser vor mehr als 40 Jahren.



Im Graubereich der Umweltgesetze

Molkegetränke ohne Molke, Druckchemikalien in der Safttüte und Energiesparlampen mit zu viel Quecksilber : Die DUH wundert sich jedes Jahr aufs Neue über die Tricks mancher Industrie- und Handelsunternehmen



■ Die Getränkeindustrie entwickelt eine enorme Fantasie, um die gesetzliche Pfandpflicht zu umgehen. Die DUH ist daher auch 2010 wieder zahlreichen Verstößen gegen die Pfandpflicht nachgegangen: Imbissbuden verkaufen pfandfreie Getränkedosen, der Getränkegroßhandel vertreibt pfandfrei Getränke in Einwegverpackungen, Firmen tarnen Einwegprodukte als Mehrweg. Derartige Verstöße gegen die Pfandregelungen hat die DUH erfolgreich mit Unterlassungserklärungen und Meldungen an die Behörden geahndet. Als besonders dreist hat sich der pfandfreie Verkauf angeblich molkehaltiger Erfrischungsgetränke der Firma Rhodius erwiesen.

Laut Verpackungsverordnung sind Molkegetränke von der Pfandpflicht ausgenommen. Das angeblich auf Molkebasis hergestellte Energy-Getränk

kam den DUH-Mehrwegexperten jedoch merkwürdig wässrig vor. Sie haben daher eine Analyse der Inhaltsstoffe in Auftrag gegeben: Die Lebensmittelchemiker konnten keine molketyrischen Inhaltsstoffe nachweisen. Da sich die untersuchten Molkegetränke in keiner Weise von herkömmlichen Brausen unterscheiden, unterliegen sie – genau wie normale Limos auch – der Pfandpflicht. Um den pfandfreien Verkauf der angeblichen Molkegetränke bundesweit zu stoppen, hat die Deutsche Umwelthilfe erfolgreich vor Gericht geklagt.

Druckchemikalien in Lebensmitteln

Verbraucher sind auf die Angaben der Lebensmittelhersteller über den Inhalt der Verpackung angewiesen. Doch so-

wohl Inhalt als auch Verpackung können ein Problem sein. Zahlreiche Lebensmittel sind mit Druckchemikalien der Verpackung belastet, haben Recherchen der DUH ergeben. Die zuständigen Bundes- und Länderministerien haben insgesamt zwölf Druckchemikalien in Lebensmitteln festgestellt, von denen zwei krebserregend sind. Die entdeckten Chemikalien legen einen Graubereich offen, in dem die Verpackungsindustrie Stoffe einsetzen kann, über deren gesundheitliche Auswirkungen keine Aussagen möglich sind.

Die DUH setzt sich deshalb weiterhin für eine gesetzliche Festlegung anwendbarer Druckchemikalien ein. Nach unserer Überzeugung müssen für jede Druckchemikalie Gutachten zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit vorgelegt werden, bevor die Stoffe für Lebensmittelverpackungen eingesetzt werden.

Wie wir weiterhin feststellen mussten, haben die Behörden die Verbraucher über die Verunreinigungen nicht informiert. Die DUH geht inzwischen gerichtlich gegen eine sächsische Behörde vor, die Druckchemikalienbelastungen von Lebensmitteln als Betriebsgeheimnis betrachtet und die betroffenen Produkte nicht preisgeben will. Das Amtsgeheimnis steht dort höher, als der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger.

Trotz Glühlampenausstieg: Discounter, Elektromärkte und Drogerieketten verkaufen weiter Glühbirnen

Bei Testbesuchen hat die DUH festgestellt, dass einige Drogerie, Bau- und Elektromärkte sowie Discounter weiterhin matte Glühlampen und klare Glühlampen mit mehr als 60 Watt verkaufen. Diese ineffizienten Glühlampen fallen unter den sogenannten Glühlampenausstieg und dürfen schrittweise seit 1. September 2009 bzw. 2010 nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Mit anderen Worten: In den Verkaufsregalen haben sie nichts verloren. Die Handelsketten behaupten allerdings, dass sie die Lampen schon vor dem Stichtag auf Lager hatten, somit also Restbestände verkaufen würden. Die angeblichen Altbestände sind jedoch erstaunlich groß und so erscheint es völlig unglaubwürdig, wenn mehr als ein Jahr nach dem Glühlampenausstieg ein Baumarkt noch so viele matte Glühlampen übrig hat, dass er eine Werbekampagne damit machen kann. Die DUH-Experten haben auch festgestellt, dass die Glühlampenhersteller noch im Sommer 2010 die unter die 2. Stufe des Glühlampenausstieg fallenden Glühlampen produziert haben: Zum Beispiel haben wir eine 75 Watt Glühlampe gefunden, die am 4. Mai 2010 produziert wurde und dann in einem Baumarkt nach dem 1. September 2010 angeboten wurde.

Die DUH kann selbstverständlich nicht beweisen, dass die im Handel noch erhältlichen matten Glühlampen

und die klaren Glühlampen mit 75 und 100 Watt nach den jeweiligen Stichtagen in Verkehr gebracht wurden. Das ist aber auch völlig unerheblich, denn der Weiterverkauf dieser Lampen ist eine Umgehung des Glühlampenausstiegs. Entweder haben die Händler künstliche Lagerbestände aufgebaut oder sie bekommen Nachschub – beides ist nicht vom europäischen Gesetzgeber gewollt.

Rücknahme von Energiesparlampen bleibt Baustelle

Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren enthalten geringe Mengen Quecksilber und gehören deshalb nicht in den Hausmüll. Laut Elektroaltgerätegesetz müssen sie umweltgerecht entsorgt werden. Jährlich gehen in Deutschland rund 120 Millionen quecksilberhaltige Gasentladungslampen kaputt, doch nur 36 Prozent davon werden ordnungsgemäß entsorgt. Die Sammelquote von alten Energiesparlampen aus Privathaushalten beträgt sogar nur 10 Prozent.

Handelsverbände und von den Lampenherstellern beauftragte Rück-

nahme- und Recyclingsysteme für Altlampen diskutieren daher seit geraumer Zeit, wie die Sammelquote erhöht werden kann. Eine Idee ist, die Rückgabemöglichkeiten in den Geschäften zu verbessern. Im Frühjahr 2010 haben die Beteiligten sich freiwillig in einer Erklärung dazu verpflichtet. Doch in der Praxis hat die Initiative wenig bewirkt, wie bundesweite Testbesuche der DUH in Elektro-, Bau-, Drogerie- und Supermärkten ergeben haben. Nur neun Prozent der Geschäfte, die Energiesparlampen verkaufen, nehmen auch Altlampen zurück. Zwei Drittel der Geschäfte verweigern die Rücknahme komplett. Deshalb fordert die DUH nun eine gesetzliche Verpflichtung der Handelsunternehmen zur kostenlosen Rücknahme von Altlampen und Elektrokleingeräten.

Auch die Städte und Gemeinden unternehmen zu wenig, um die ordentliche Entsorgung von Energiesparlampen sicher zu stellen. Die DUH fordert daher die Kommunen auf, die Sammlung von Energiesparlampen deutlich zu verbessern und zu vereinfachen.

Miserable Verbraucherinformation zur Entsorgung von Bauschaumdosen

■ Montageschaum (PUR-Schaum) wird von Profis und Heimwerkern zum Dämmen und Abdichten verwendet. Gebrauchte PUR-Schaumdosen enthalten noch problematische Reststoffe und müssen als schadstoffhaltige Abfälle getrennt gesammelt werden. Die Handelsunternehmen sind verpflichtet, die Verbraucher über Entsorgung und Rückgabe zu informieren, was die DUH regelmäßig bei Testbesuchen überprüft. Leider sind die Ergebnisse konstant schlecht: Verbraucher werden entweder gar nicht oder sehr schlecht informiert, bundesweit gibt es in Baumärkten Probleme bei der Dosenrückgabe. Die getesteten kommunalen Sammelstellen schneiden ebenfalls schlecht ab: In jeder zweiten Sammelstelle haben die Mitarbeiter falsche Entsorgungshinweise gegeben. Außerdem gibt es viel zu wenige öffentliche Abgabestellen für Montageschaumdosen. Für ein hochwertiges Recycling und den Gesundheitsschutz der Verbraucher wird die DUH den Handel und die Kommunen weiter antreiben.

Hand in Hand für besseres Essen

Von Kontinent zu Kontinent: Rapunzel Naturkost und die DUH unterstützen mit dem Hand in Hand-Fonds ökologisch-soziale Projekte in mittlerweile 34 Ländern. Ganz bodenständig geht es auch in Niedersachsen zu, wo die DUH-Ernährungsberaterinnen Schülern zeigen, wie sie sich gut und ökologisch ernähren

■ Urwaldschulen, Frauenprojekte, die Herstellung von gentechnikfreiem Saatgut, Hilfe zur Bereitstellung von sauberem Trinkwasser – der Hand in Hand-Fonds hilft weltweit ökologischen und sozialen Projekten. Seit 1998 haben Rapunzel Naturkost und die DUH in 34 Ländern 122 Projekte mit einer Gesamtsumme von 500.000 Euro unterstützt. Der Fonds ist das Ergebnis einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen der DUH und dem Naturkosthersteller, gemeinsam haben wir daher ein Förderkonzept entwickelt und umgesetzt: Wir legen großen Wert auf das Zusammenspiel von Bildung und ökologische sowie soziale Verbesserungen durch die vom Hand in Hand-Fonds unterstützten Projekte. Zudem wollen wir Projekte unterstützen, die über das unmittelbare Ziel hinaus die Selbstverantwortung ziviler Gesellschaften stärken. Gefördert werden unabhängige Verbände und Nichtregierungsorganisationen, die in Entwicklungsländern aktiv sind.



Nachhaltige Ernährung an Niedersachsens Schulen

■ Umweltbildung und umweltgerechte und damit gesunde Ernährung sind die Schwerpunkte des DUH-Regionalverbands Nord in Hannover. Die DUH-Mitarbeiterinnen schulen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Kinder und zeigen ihnen ökologische Varianten einer gesunden Pausenverpflegung. In regelmäßigen Arbeitskreisen werden die Schulen bei Einrichtung und Betrieb der gesunden Schulverpflegung in einer NaturKostBar begleitet und durch Fachvorträge weiter qualifiziert.

Das Schulprogramm „Mc Möhre – Die NaturKostBar an Schulen“ ist längst ein Exportschlager aus Hannover in andere Bundesländer. Die DUH-Nord hat das Programm weiterentwickelt und unter dem Motto „Wer is(s)t fair?“ die Nachhaltigkeit stärker in den Fokus genommen. Eine Vortragsreihe, ein interessantes Quiz à la „Wer wird Millionär“ sowie Multiplikatoren-Schulungen und Schlemmerkurse bringen die anspruchsvolle Thematik der Schüler- und Lehrerschaft näher.



Der UmweltMedienpreis 2010



■ Die hintergründige und kritische Berichterstattung über Umweltthemen hat in den vergangenen Jahren zum Bewusstseinswandel in Politik und Gesellschaft entscheidend beigetragen. Nur der Leidenschaft von Journalistinnen und Journalisten für Umwelt und Natur haben wir es zu verdanken, dass Umweltthemen ihren festen Platz in der medialen Berichterstattung gefunden haben. Ihrer hartnäckigen Recherche, manchmal auch Detailversessenheit und journalistischen Kunst der Vermittlung komplexer Zusammenhänge aus Natur und Umwelt ist der UmweltMedienpreis gewidmet.

Die Deutsche Umwelthilfe vergibt den Preis an Autoren, Redaktionen, Regisseure und andere Medienschaffende für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. 2010 hat zum achten Mal die Deutsche Telekom die Verleihung des UmweltMedienpreises unterstützt.

Preisträgerinnen und Preisträger des 15. UmweltMedienpreis 2010

Dagmar Dehmer, Journalistin und Redakteurin des „Tagesspiegel“, Berlin (Kategorie Print)

Katja Huber, Redaktionsleiterin und **Florian Fricke, Matthias Leitner**, Autoren der Sendereihe „Zündfunk Generator“ beim Bayerischen Rundfunk (Kategorie Hörfunk)

Werner Boote, Autor und Regisseur des Films „Plastic Planet“ (Kategorie Film)

Christoph Bautz, Dr. Felix Kolb und Dr. Günter Metzges, Initiatoren des Internetportals www.campact.de (Kategorie Neue Medien)

Adrienne Goehler, Kuratorin und **Jaana Prüss**, Projektleiterin der Ausstellung „Zur Nachahmung empfohlen – Expeditionen in Ästhetik und Nachhaltigkeit“ (Kategorie Sonderpreis)



Bündnis 90/Die Grünen Fraktionsvorsitzende Renate Künast (oben) stimmte mit ihrem Grußwort auf die Preisverleihung ein. SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel (unten) hielt die Laudatio auf Dagmar Dehmer.



Das Leitungsteam



■ **Rainer Baake** ist seit 2006 Bundesgeschäftsführer der DUH. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz, Energiewende und Biodiversität. Rainer Baake war zuvor beamteter Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Dort hatte er die Verantwortung für die „umweltpolitischen Großbaustellen“ der rot-grünen Regierungszeit – vom Atomausstieg über die Klimapolitik und das Kyoto-Protokoll bis zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Einführung des Emissionshandels und der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Rainer Baake hat Volkswirtschaft in Marburg studiert, war von 1985 bis 1991 stellvertretender Landrat von Marburg-Biedenkopf und von 1991 bis 1998 Staatssekretär im hessischen Umweltministerium.



■ **Jürgen Resch** führt die DUH als Bundesgeschäftsführer bereits seit 1986. Jürgen Resch hat die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, er hat vor dem Europäischen Gerichtshof das „Recht auf saubere Luft“ in unseren Ballungszentren erstritten und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems in Deutschland beigetragen. Zur Durchsetzung von Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Resch ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Stifterrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet den Bereich Erneuerbare Energien und das Forum Netzintegration in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 und 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Dorothee Saar** leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Sie hat Landschaftsplanung in Berlin studiert, hat mehrere Jahre freiberuflich als Diplom-Ingenieurin in der Landschaftsplanung mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastrukturplanung gearbeitet und war Projektleiterin für energieeffiziente Verkehrssysteme bei der dena. Bei der DUH ist sie seit 2006.



■ **Maria Elander** leitet den Bereich Kreislaufwirtschaft in Berlin. Zuvor war sie im Umweltbundesamt in der Abteilung technischer Umweltschutz und als Referentin für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Nabu tätig. Maria Elander hat in Schweden technische Physik, Umweltpolitik und Umweltmanagement studiert und lebt seit 2002 in Deutschland.



■ **Michael Hadamczik** leitet den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli 2009 den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, für das Umweltbundesamt und das UN-Umweltprogramm gearbeitet.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er zu Vegetations- und Naturschutzthemen am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung. Seit seiner frühen Jugend engagiert sich Albert Wotke ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunalen Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH und hat maßgeblich die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune und Bundeshauptstadt im Klimaschutz entwickelt. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDjugend für den Naturschutz.



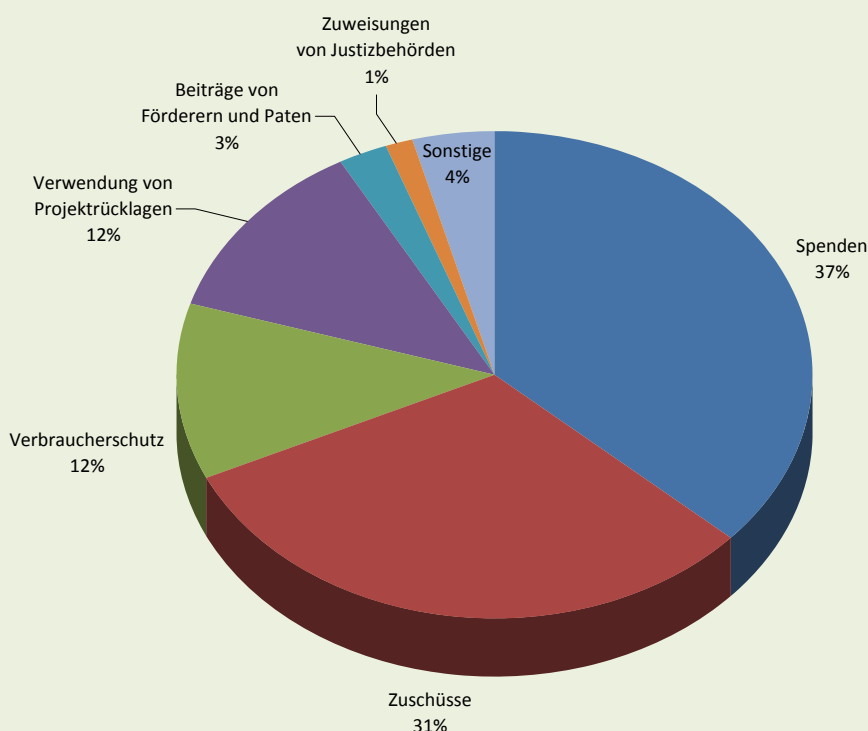
■ **Dr. Cornelia Ziehm** leitet seit März 2009 den Bereich Klimaschutz und Energiewende in Berlin. Sie war Staatsrätin für Umwelt, Europa und Entwicklungszusammenarbeit in Bremen und hat von 2005 bis 2007 den Bereich Recht und Verbraucherschutz bei der DUH geleitet. Cornelia Ziehm hat Jura u.a. in Hamburg studiert, war als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Umwelt-, Bau- und Planungsrecht tätig.

Solide Finanzen für engagierte Umweltarbeit

Eine breite Basis von privaten Spendern und öffentlichen Geldgebern trägt zur Umwelt- und Naturschutzarbeit der DUH bei

Erträge der DUH 2009 (in Tausend Euro, gerundet) *

	2009	2008
Spenden	2.117	2.444
Zuschüsse	1.797	888
Verbraucherschutz	676	480
Verwendung von Projektrücklagen	700	425
Beiträge von Förderern und Paten	150	150
Zuweisungen von Justizbehörden	74	74
Sonstige	246	281
	5.760	4.742



***Anmerkungen:**

Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2010 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2010) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2009.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) braucht eine tragfähige finanzielle Grundlage, um ihre ständig wachsenden Aufgaben wahrnehmen und ihre strategischen Ziele umsetzen zu können. Das ist Jahr für Jahr eine große Herausforderung. Da die DUH weder über einen Kapitalstock noch über institutionelle Förderung verfügt, muss jedes Projekt vollständig über Spenden, Zuschüsse oder andere externe Mittel finanziert werden. Auch im Jahr 2009 ist das wieder weitgehend gelungen.

Das Haushaltsvolumen der DUH ist wie schon in den vergangenen Jahren weiter gestiegen und hat im Jahr 2009 einen Wert von 5,8 Millionen Euro erreicht. Erfreulicherweise konnten wir den gestiegenen Umfang der Projektarbeit leisten, ohne im gleichen Maß die Verwaltungsausgaben zu erhöhen.

Einnahmen: Die Mischung macht's

Eine gute Mischung verschiedener Einnahmen sichert die Unabhängigkeit und begrenzt das Risiko finanzieller Rückschläge.

Die größten Einnahmequellen der DUH sind Spenden und Sponsoring mit 37 Prozent. Eine ganz besonders wichtige Rolle spielen auch die Beiträge unserer Förderer und Paten.

Stark zugenommen haben mit 31 Prozent die Projektzuschüsse. Ebenfalls gewachsen sind die Einnahmen des ökologischen Verbraucherschutzes: Sie haben 2009 mit 12 Prozent zur Finanzierung der DUH beigetragen.

Projektzuschüsse hat die DUH sowohl von öffentlichen als auch von privaten Institutionen erhalten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere das

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt sowie das Bundesamt für Naturschutz zu nennen. Auch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die EU-Kommission und private Stiftungen wie die European Climate Foundation unterstützen Projekte der Deutschen Umwelthilfe.

Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Geld, das im Vorjahr eingenommen wurde, aber erst im Jahr 2009 eingesetzt werden konnte.

Unter Sonstige sind Einnahmen von geringerer Größenordnung wie Erbschaften und Zinserträge zusammengefasst.

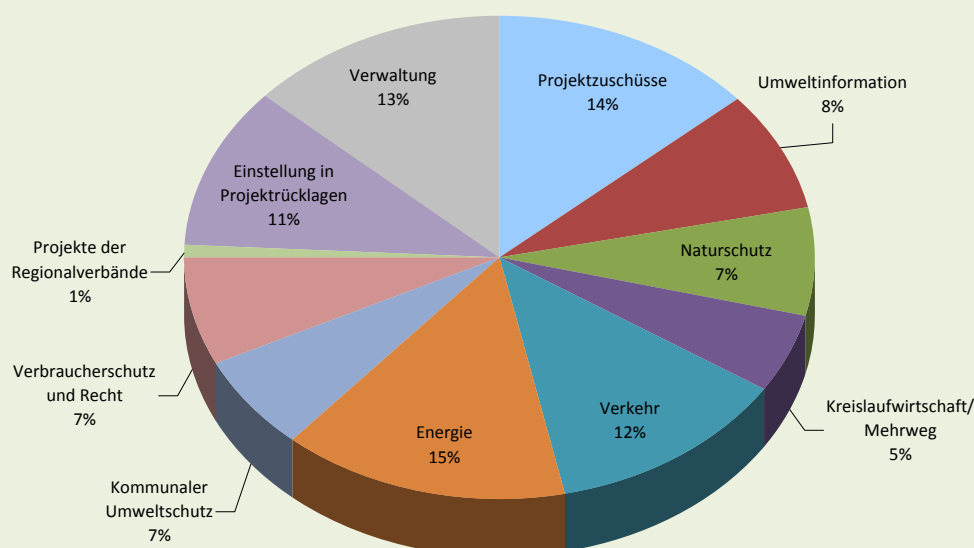
Ausgaben: 86 Prozent gehen in die Projekte

Die Hauptarbeit der DUH findet in den Projekten für den Umwelt- und Klimaschutz, für den Naturschutz und für die Durchsetzung der Verbraucherrechte statt. Hierfür setzen wir daher auch den überwiegenden Teil des verfügbaren Geldes ein: Das Geld fließt in Projekte für den Schutz bedrohter Arten, die Reinhaltung der Luft oder den effizienten Umgang mit Energie. Zur Projektarbeit gehören Kongresse, Tagungen, Veranstaltungen und eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahr 2009 standen für diese Aufgaben 86 Prozent unserer finanziellen Mittel zur Verfügung.

4,3 Millionen Euro konnten wir 2009 in Umwelt- und Naturschutzprojekte, in Kampagnen und Informationsmaterial investieren. Weitere 633.000 Euro haben wir für Projektaufwendungen des Folgejahres zurückgestellt. Der Anteil der Verwaltungskosten ist mit 14 Prozent noch einmal geringer als im Vorjahr.

Ausgaben der DUH 2009 (in Tausend Euro, gerundet)

	2009	2008
Projektzuschüsse	793	484
Umweltinformation	458	608
Naturschutz	431	315
Kreislaufwirtschaft/Mehrweg	305	285
Verkehr	725	682
Energie	850	194
Kommunaler Umweltschutz	382	288
Verbraucherschutz und Recht	410	327
Projekte der Regionalverbände	49	103
Einstellung in Projektrücklagen	633	700
Verwaltung	774	740
	5.810	4.726



Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.

Aktiva	2009 in €	2008 in Tsd. €	Passiva	2009 in €	2008 in Tsd. €
Anlagevermögen	502.844	552	Freie Rücklagen	713.811	762
Sachanlagen	66.067	44			
Finanzanlagen	436.777	508	Zweckgebundene Rücklagen	1.356.099	1.495
			Rückstellungen für betriebliche Alterskapitalanlage	336.266	408
Umlaufvermögen	2.427.679	2.823	Projektrückstellungen	834.877	912
Forderungen	29.467	44	Sonstige Rückstellungen	184.956	175
Kasse, Banken	2.178.408	2.281			
Sonstige Vermögensgegenstände	219.804	498	Verbindlichkeiten	646.695	646
Aktive Rechnungsabgrenzung	69.714	7	Passive Rechnungsabgrenzung	283.632	479
Bilanzsumme	3.000.237	3.382	Bilanzsumme	3.000.237	3.382

Für eigene Naturschutzprojekte haben wir 431.000 Euro ausgegeben. Das gesamte Engagement der DUH für den Naturschutz ist jedoch deutlich größer. Ein erheblicher Teil der Projektzuschüsse an andere Umweltorganisationen dient ebenfalls der Finanzierung von Naturschutzprojekten und auch bei den Projekten der Regionalverbände hat der Naturschutz eine große Bedeutung.

Bilanz: gut finanziert

Die Bilanzsumme ist mit 3 Millionen Euro etwas niedriger als im Vorjahr – 2008 waren es 3,4 Millionen Euro. In etwa dem gleichen Umfang hat die DUH ihre Verbindlichkeiten abgebaut, mit der Verringerung der Bilanzsumme ist also eine Verbesserung der Finanzierungsstruktur verbunden. Leider gelang es nicht vollständig, den Haushalt zur Deckung zu bringen. Ein Defizit

von 49.000 Euro schlägt sich in der leichten Verringerung der freien Rücklagen nieder.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12. 2009 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 31.12.2010 insgesamt 73 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 33 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 34 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere fünf in der Geschäftsstelle Hannover sowie eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender

Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender

Michael Spielmann, Duderstadt
stellvertretender Vorsitzender

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover

Corinna Cwielag,
Schwerin

Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)

Michael Rothkegel, Frankfurt

Dr. Thomas Schaefer, Konstanz

Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch

Rainer Baake

Bundesgeschäftsstellen

Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:

Michael Hadamczik
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Leiter der Geschäftsstelle Berlin:

Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:

Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805 - 0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd:

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost:

Ansprechpartner: Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord:

Geschäftsführerin des Regionalverbandes:
Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüro

Projektbüro Elbe:

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7
06366 Köthen
Telefon 03496 210009
Telefax 03496 210008
E-Mail: lebendige-elbe@duh.de

